Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 823.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 24. November

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

Amtliches.

Berlin, 22. November. Der König hat dem Kreisger.-Sekretär und Kanzlei-Direktor Gustav Krug in Kosten den Charakter als Kanzleirath verliehen; sowie den zeitigen zweiten Bürgermeister der Stadt Potsdam, Gobbin, in Folge der von der dortigen Stad.verordnetenversammlung getroffenen Wiederwahl, in gleicher Eigenschaft für eine fernerweite zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. Nath zu Freienwalde a. O. ist zum Kreis-Physikus des Oberbarnimschen Kreises, der Ger.-Assess. Markert in Stettin zum Rechtsanwalt bei dem Kreisger. in Naugard und zugleich zum Notar im Depart. des Appell.-Ger. zu Stettin, mit Anweis. seines Wohns. in Gollnow, ernannt worden.

Der Militärhaushalt nach dem Etat pro 1875.

Σ **Berlin**, 22. November. Die Erhöhung der laufenden Ausgaben des neuen Militäretats um circa 15 Millionen Thaler ist zum Theil Folge der Erhöhung des Präsenzstandes durch Einschränkung der Vakanzen, der Verstärkung des Offizierkorps um 180 Köpfe und des Pferdestandes um ca. 900 Stück. Ein anderer Theil der Mehrausgaben entsteht durch die allgemeine Preissteigerung; bisher wurden diese Mehrkosten für das Pauschquantum ausgeglichen durch Uebertragung vieler Beschaffungen auf die neben dem Pauschquantum noch laufenden Konten der Kriegs- und Retablissementskosten. Es betragen beispielsweise die durch die allgemeine Preissteigerung verursachten Mehrkosten der Bekleidung und Naturalverpflegung ca. 4 Millionen Thaler. Ein anderer Theil der Mehrausgaben im Etat pro 1875 entsteht durch Erhöhung der Bezüge der Militärpersonen und Beamten. Unter diesen fällt am stärksten in das Gewicht die Erhöhung der Löhnung für Unteroffiziere und Mannschaften um 6 Pf. täglich oder 6 Thlr. jährlich. Bei ca. 385,000 Mann ergiebt dies schon ein Plus von 2,310,000 Thlr. jährlich. Der Sold wird demnach beispielsweise für den Gemeinen der Infanterie 3½ Sgr. täglich betragen, wovon noch 1¼ Sgr. für die Mittagsportion in Abzug kommen. Demnach verbleiben dem Mann 2¼ Sgr. täglich, wovon er namentlich Wäsche, Putzzeug und Abendbrod zu bestreiten hat, letzteres, soweit er nicht mit dem trockenen Kommißbrod vorlieb nehmen will. Die letzte Solderhöhung, gleichfalls um 6 Pf. täglich, fand 1867 statt. Auskömmlich ist der Sold auch jetzt noch nicht; er würde vielleicht eher reichen, wenn die Verwaltung es übernähme, die Beschaffung einer Abendportion oder dergleichen gegen einige Pfennige Soldabzug selbst zu übernehmen, anstatt die Soldatenpfennige der Gewinnsucht der Budiker preiszugeben. — Für die Pferde soll die Ration um ½ Pfund Hafer täglich erhöht werden, eine kleine Erhöhung, die gleichwohl mit ca. 500,000 Thlr. jährlich in das Gewicht fällt. Für Offizierspferde, die in Wirklichkeit nicht gehalten werden, vermehrt diese Rationserhöhung natürlich nur den Geldgewinn der Stelleninhaber. Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß die Budgetkommission nicht, wie die „N. L. Korrespondenz" berichtet, es für unmöglich erklärt, zur Zeit eine bessere Regulirung des Rationswesens vorzuschlagen, sondern im Gegentheil es sich, auf den Wunsch des Abg. Lasker, vorbehalten hat, noch im Laufe der Verhandlungen über den Militäretat auf den Gegenstand zurückzukommen.

Die Offiziere haben seit 1873 außer dem neuen Wohnungsgeldzuschuß zu ihrem bisherigen Servis auch erhöhte Reisekosten und Diätensätze erhalten. Der neue Etat will auch ihre Kommandozulage, welche sie bei Uebungen und auf Märschen beziehen, verdoppeln. Ferner sollen Lieutenants der Feldartillerie das Gehalt der Kavallerie-Lieutenants, die Lieutenants der Festungs-Artillerie Gehalt und Tischgeld der Ingenier-Offiziere erhalten. Es begründet dies allerdings nur kleine Erhöhungen. Außerdem sind noch folgende Veränderungen in den Bezügen hervorzuheben: 1) Erhöhung der Bureaugelder der Truppen; 2) Zulage für je einen Schießunteroffizier pro Kompagnie mit 36 M. jährlich; 3) Erhöhung der Reparaturgelder für Geschütze und Fahrzeuge; 4) Gewährung von Fuhrkostenentschädigungen für die Geistlichen bei Beerdigungen; 5) Ernennung von 15 Intendanturassessoren zu Räthen in Folge Einführung des in der preußischen Zivilverwaltung geltenden Grundsatzes, wonach zwei Drittel der Intendanturstellen mit Räthen besetzt werden; 6) Ebenso werden zwei Drittel der Kanzlistenstellen mit etatsmäßigen Beamten besetzt; 7) Gewährung der Brotkompetenzen an Roß- und Unter-Roßärzte; 8) Einführung kurzschäftiger Stiefel als zweite Fußbekleidung für die berittenen Mannschaften der Kavallerie, Artillerie und des Trains, an Stelle der Schuhe, welche zu den kurzen Reithosen nicht zu verwenden sind; 9) Gleichmäßige Bekleidung der Unteroffiziere und Fahrer der Fußartillerie mit der reitenden Artillerie; 10) Erhöhung der Kasernenwärterlöhne von 540 M. auf 720 M. durchschnittlich; 11) Erhöhung der Gehälter der Korps-Stabs-Apotheker um 300 M. im Durchschnitt und Maximum; 12) Vermehrung der Eleven des militärärztlichen Friedrich-Wilhelm-Instituts in Berlin um 35, dazu 50 Stipendien an Akademiker; 13) Geldabfindung zur Selbstbeschaffung von Chargenpferden an die Adjutanten der höheren Kommandobehörden an Stelle der Naturalgewährung. — Eine andere Reihe von Ausgaben entstehen durch Vervollkommnungen der militärischen Einrichtungen. Es ist u. A. diesmal ein besonderer Fonds ausgeworfen für Uebungen der Kavallerie in der Zerstörung der Eisenbahnen, sowie für die Vorbereitung des Eisenbahntransports der Militärpersonen im Kriege. Die Turn- und Fechtübungen, wie die Uebungen im Scheibenschießen sollen ausgedehnt werden. Statt 2 werden 4 Korps jährlich große Herbstübungen abhalten, dabei sollen auch Fleischkonserven verwandt werden. Der Unterricht der Kapitulanten soll verbessert werden, desgleichen ist ein Fonds zur Heranbildung von Musikern zu Stabs-Hautboisten ausgeworfen. Militärbrieftaubenstationen werden in Köln, Metz und Straßburg errichtet, um auch die Tauben für den Krieg auszubilden. An allen diesen Positionen wird auch die eifrigste Budgetkommission wenig zu sparen vermögen. Nicht der einzelne Mann kostet ja in der deutschen Militärverwaltung zu viel, wesentlich nur der hohe Präsenzstand macht das Budget anschwellen. Nach dieser Richtung hin aber hat das Militärgesetz der Kritik Schranken gezogen. Selbst wo diese Schranken nicht hinreichen, wie z. B in Bezug auf die Zahl der Gouverneure und Kommandanten, hat die gegenwärtige Majorität wenig Sinn für Ersparnisse. Unter diesen Verhältnissen ist von den Kommissionsverhandlungen wenig mehr zu erwarten, als einige Vorschläge, betreffend die Form und Redaktion des Militärbudgets und vielleicht einige kalkulatorische Abstriche an sächlichen Fonds mit Rücksicht auf die aus Kriegskontributionsfonds für denselben Zweck noch verfügbaren Mittel.

Die „Kreuzzeitung" und die „Voss. Ztg." haben bekanntlich die Mittheilungen der „Deutschen Allg. Korrespondenz" über die Arnim'schen Aktenstücke für unwahr erklärt; die genannte Korrespondenz aber hält ihre Angaben, deren auch wir mit Reserve Erwähnung gethan, vollkommen aufrecht und ergänzt sie heute durch weitere Einzelheiten, welche wir wiederum mit allem Vorbehalten mittheilen:

Danach hat die „Spenersche Zeitung" vom 1. April d. J. aus Wien nicht nur Kopien der beiden Aktenstücke erhalten, welche die Wiener „Presse" veröffentlichte, sondern auch einen vertraulichen Brief mit dem Anerbieten einer weiteren Reihe von Aktenstücken in derselben Angelegenheit. Die Redaktion ging auf das Anerbieten ein, erhielt aber keine weiteren Zusendungen. Herr v. Arnim war freilich damals in Paris; aus dem Briefe ging aber, wie die „D. A. C." versichert, hervor, daß das Angebot wie auch die wiener Veröffentlichungen ganz in dem Sinne erfolgt waren, wie unlängst angedeutet. Am 1. Mai, nachdem Graf Arnim bereits in Berlin war, erzählt die „Deutsche Allgemeine Korrespondenz" weiter, ließ derselbe ein Redaktionsmitglied der „Spener'schen Zeitung" durch eine Mittelsperson auffordern, ihn in seiner Wohnung zu besuchen, weil er demselben dort noch wichtige Mittheilungen zu machen habe und über die Veröffentlichungen interessanter Aktenstücke mit ihm reden wolle. Jenes Redaktionsmitglied, unter dem man sich aller Wahrscheinlichkeit nach Herrn Dr. Braun zu denken hat, ließ dem Herrn Grafen aber sagen, er möge, wenn er ihm so wichtige Mittheilungen zu machen habe, ihn doch lieber in seiner, des Redakteurs Wohnung aufsuchen. Zugleich wurde, wie die „D. A. C." mittheilt, von der Redaktion beschlossen, darauf nicht einzugehen, sondern sich gegen die Taktik des Grafen Arnim zu erklären.

Auf Grund dieser Mittheilungen fühlt sich nun auch das „Berl. Tagebl." zu Enthüllungen veranlaßt. Dasselbe schreibt:

Wir halten die vorstehenden Angaben der „Deutschen Allg. Corr." nicht für unmöglich, und zwar auf Grund eines Vorkommnisses, das wir keine Ursache haben, geheim zu halten. Am 19. September — beiläufig also vierzehn Tage vor der Verhaftung des Grafen Arnim — ließ sich dem Verleger des „Berliner Tageblatt" durch eine Mittelsperson ein Herr vorstellen, der allgemein als der Agent und Unterhändler des Grafen Arnim bekannt ist. Er proponirte dem Verleger die Betheiligung eines Mannes mit den mächtigsten Verbindungen, geistvoll und von enormem Vermögen, an der Herausgabe des „Berl. Tageblatt"; das Angebot bezwecke durchaus keine pekuniäre Spekulation auf Gewinn oder auch nur auf Theilnahme an demselben, sondern nur das Recht eines Einflusses auf den redaktionellen Theil des Blattes. Für dieses Recht wurde dem Verleger eine Viertel Million Thaler angeboten. Es ist kaum nöthig, zu sagen, welche Antwort der Unterhändler erhielt."

Wir geben dies zunächst einfach hier wieder; Weiteres wird abzuwarten sein. Ueber den Stand des Prozesses will das „Berl. Tagebl." Folgendes erfahren haben:

Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, das Kammergericht habe die Beschwerde des Grafen über die gegen ihn verhängte Wiederverhaftung und gleichzeitige Einbehaltung der gestellten Kaution, ohne die Beschwerdegründe materiell zu prüfen, abgewiesen. Wie wir erfahren, stützte sich die Beschwerde lediglich auf seinen leidenden Körperzustand, ein Motiv, welches durch den jetzt angewendeten Hausarrest vom Kammergericht als erledigt angesehen worden ist. Da im Uebrigen Reichseinwendungen in der Beschwerde nicht erhoben waren, so konnte die zweite Instanz die materiellen Haftgründe des Vorderrichters unerörtert lassen und hiernach den Beschwerdeführer bescheiden. Was die Kautionsfrage anlangt, so hätte sich Graf Arnim allerdings auch bezüglich ihrer beschwerdeführend an das Kammergericht gewandt, ohne indeß nachweisen zu können, daß das Stadtgericht die Rückzahlung der Kaution geweigert habe. Er ist deshalb mit diesem Beschwerdepunkt an die zuständige Vorinstanz zurückverwiesen worden, bei welcher zunächst ein Antrag auf Rückzahlung der gestellten Sicherheitssumme eingebracht werden muß.

Zum Vorsitzenden des Gerichtshofes, der den Prozeß Arnim abzuurtheilen haben wird, soll Stadtgerichtsdirektor Reich designirt sein. Wir geben schließlich noch folgende Mittheilungen der „Magdeb. Ztg." einfach wieder:

„Als Graf Arnim vor Jahr und Tag nach Varzin reiste, in der Absicht, einige Differenzpunkte mit dem Fürsten Bismarck zu besprechen, äußerte eine Schwägerin Arnim's: „Wenn Bismarck nicht nachgiebt, treibt es mein Schwager auf's Aeußerste." Diese vor Jahresfrist gesprochenen Worte lassen erkennen, daß die Handlungsweise des Grafen, welche ihn endlich mit dem Strafrichter in Konflikt gebracht hat, eine von langer Hand vorbereitete ist. — Die Sympathien für den Grafen Harry sind bei vielen Mitgliedern seiner eigenen Familie nicht allzu lebhaft. Graf Arnim-Boitzenburg pflegt sich mit großer Reserve über den bedauerlichen Conflikt seines Schwagers mit dem Gesetze auszusprechen. Allgemeine Mißbilligung im Familienkreise aber hat die ostensibele Art und Weise erregt, in welcher Graf Harry in der Zwischenzeit zwischen seiner Entlassung aus der Haft und seiner Wiederverhaftung sich auf den belebtesten Promenaden Berlins zeigte. — Den Rücktritt des Grafen Arnim-Boitzenburg von seinem hohen Amte in den Reichslanden mit dem Prozesse seines Schwagers in Verbindung bringen zu wollen, wäre durchaus falsch. Der Beschluß zum Rücktritte, welcher schon längst vom Grafen gefaßt, aber auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers und des Reichskanzlers verschoben worden war, ist allein durch den Tod der Gemahlin des Grafen zur Reife gekommen."

Die Enthüllungen des Korrespondenten der Magdeburger Zeitung sind offenbar offiziös und ebenso die Geschichten des Dr. Zehlicke, welcher unter Dr. Braun verantw Redakteur der „Spen. Ztg." war und jetzt die „D. A. C." herausgiebt. Wir stimmen der „N. Stett. Z." bei, welche zu diesem Klatsch Folgendes bemerkt: „Die Richter werden über den Arnim'schen Fall demnächst urtheilen, und es ist bisher genug aufgewirbelt worden in dieser ledigen und peinlichen Arnimaffaire. Was sollen nun diese Enthüllungen so kurz vor der Gerichtsverhandlung? Sollte man nicht auch den Schein vermeiden, in letzter Stunde auf die Richter einwirken, in ihnen ein ungünstiges Vorurtheil gegen den Angeklagten erwecken zu wollen."

Deutschland.

Σ **Berlin**, 22. November. Es unterliegt leider keinem Zweifel mehr, daß die Reichstagssession in Bezug auf die Hauptfragen derselben, das Bankgesetz und die beiden Rechnungskontrollgesetze, einen Abschluß nicht herbeiführen wird. Die Kommission für das Bankgesetz hat ihre Berathungen gestern vertagt, bis der Bundesrath in Betreff der Reichsbank weiteren Beschluß gefaßt hat. Wenn ein Beschluß nach der einen oder anderen Richtung auch wirklich gefaßt werden sollte, erübrigt alsdann bis Weihnachten doch keine Zeit mehr auch nur zur Durchberathung, geschweige denn zur Umarbeitung des Entwurfes. Herr Bamberger enthüllt in der Kommission jetzt offen seine Absichten auf eine nichtkontingentirte, alle Privatbanken aufsaugende Reichsbank nach dem pariser Muster, und findet weit mehr Unterstützung, als dem Herrn Lasker und v. Unruh lieb ist. — Was die beiden Rechnungskontrollgesetze anbetrifft, so bleibt Herr Delbrück, gutem Vernehmen zufolge, trotz des Entgegenkommens der Kommission und der fast einstimmig gefaßten Beschlüsse derselben auf dem früheren, hinsichtlich des Rechnungshofes eingenommenen Standpunkt stehen, verhält sich auch abwehrend gegen die Amendements der Kommission zu dem Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben, obwohl von sachverständiger Seite her anerkannt wird, daß die Vorschläge der Kommission, ohne die Exekutive in nachtheiliger Weise zu beschränken, für eine ernsthafte Finanzkontrolle unentbehrlich sind. Der Reichstag wird also demnächst suchen müssen, im Etat selbst seine Forderungen zur Geltung zu bringen. — Dieser Nachricht gegenüber ist es erfreulich zu hören, daß in Betreff des Reichshaushalts pro 1875 der zuerst von der Fortschrittspartei gemachte Vorschlag, die Erhöhung der Matrikularbeiträge durch Heranziehung der Ueberschüsse von 1874 entbehrlich zu machen, im Reichstage bereits eine sichere und große Mehrheit gewonnen hat. Auch das Reichskanzleramt soll dem Vorschlage nicht abgeneigt sein; man scheut dort namentlich den Eindruck von Steuererhöhungen, welche die Erhöhung der Matrikularbeiträge in einzelnen Staaten, namentlich in Baiern zur Folge haben muß.

— Im auswärtigen Ministerium sind Personalveränderungen vorgenommen worden. Die „Nat.-Ztg." berichtet darüber: Geh. Legationsrath Aegidi hat die Preßangelegenheiten mit einem politischen Dezernate vertauscht, und der Vortrag in Preßsachen wird künftig nur vom Unterstaatssekretär Minister v. Bülow ressortiren, der sich dazu irgend eine passende Persönlichkeit auswählen wird. Es lag in den Wünschen des Herrn Aegidi, die Leitung des archäologischen Instituts in Rom zu übernehmen, allein dasselbe ist vom Ressort des Auswärtigen Amtes abgezweigt worden.

— Der als Hülfsarbeiter im Ministerium des Innern beschäftigte Regierungsrath Haase aus Hannover ist zum Geh. Regierungsrath ernannt worden. Dem einstweilig in den Ruhestand versetzten Geh. Legations-Rath Hepke ist der Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen worden. Die „Kreuz Ztg." bemerkt dazu: „Da bei der Zurdispositionsstellung von Beamten die Ertheilung von Auszeichnungen in der Regel nicht stattfindet, so ist diese auf Antrag des Reichskanzlers erfolgte Verleihung wohl eine besondere Anerkennung der bisherigen Dienstleistung dieses Beamten, welcher nach dem Staatshandbuch seit dem Ausscheiden des Präsidenten König der zweitälteste Rath des auswärtigen Amtes ist."

— In der letzten Sitzung des Landesökonomie-Kollegiums vom Sonnabend (21. November) trat man sofort in die Fortsetzung der vertagten Debatte über die ländliche Arbeiterfrage ein. Bei derselben wurden wesentlich neue Gesichtspunkte nicht vorgebracht. Was zunächst die Frage des Kontraktbruches angeht, so sprach sich Herr v. Schorlemer-Alst so entschieden gegen die Bestrafung aus; ihm sekundirten Professor Baumstark (Eldena), Baron Maltzahn und die Mehrzahl der Mitglieder aus den westlichen Provinzen. Für die in der vorigen Sitzung von Herrn v. Lenthe energisch vertheidigte Bestrafung des Kontraktbruches, über welche derselbe Resolutionen eingebracht, die denen des Eisenacher Kongresses sich anschlossen, traten außer den Herren v. Wedemeyer und Lehmann-Nitsche noch verschiedene andere Redner aus den östlichen Provinzen auf, wie denn auch aus diesen Provinzen die meisten Klagen über die Arbeiterverhältnisse und über die Folgen der neueren Gesetzgebung speziell auch in Beziehung auf die Heimaths- und Freizügig-

keitsgesetze laut wurden, was wohl als ein Beweis dafür angesehen werden kann, daß die Uebergangszustände in Folge der neueren Gesetzgebung hier jetzt erst ihre unangenehme Wirkung ausüben, während man in den westlichen Provinzen schon früher gelernt hat, sich der veränderten Sachlage gegenüber entsprechend einzurichten. Der Seitens des Ministeriums bei Gelegenheit dieser Diskussion vorgelegte Gesetzentwurf über die ländlichen Arbeiterverhältnisse fand allseitige Zustimmung, nur wurden von verschiedenen Seiten noch weitergehende Bestimmungen gewünscht. Soweit solche Wünsche die Einführung von Arbeitsbüchern betrafen, betonte der Kommissar des Ministeriums Geh. Rath Maecard die Schwierigkeit der Einführung derselben gegenüber der Paß- und Gewerbefreiheit. Für schriftliche Form der Arbeitskontrakte trat wegen der speziellen Natur der ländlichen Kontraktsverhältnisse keiner der Redner ein. Nachdem die Debatte bis 1½ Uhr gedauert hatte, wurde zunächst über den Antrag des Baron Maltzahn-Roddin: in Erwägung, daß das im Ministerium ausgearbeitete neue Gesetz über die Arbeiterverhältnisse dankenswerthe Fortschritte enthalte, und daß man überzeugt sein könne, daß das Ministerium das in dieser Beziehung Erreichbare auch durchsetzen werde, über die einzelnen vorliegenden Anträge nicht speziell abzustimmen, sondern das gesammte in der Diskussion und den Anträgen enthaltene Material der Kommission für das Arbeitergesetz, welche in der nächsten Woche zusammentritt, zu überweisen. Durch die Annahme dieses Antrages, welche mit Zweidrittel-Majorität erfolgte, kam es nicht zur prinzipiellen Entscheidung über alle auf das ländliche Arbeiterverhältniß bezügliche Spezialfragen und die andern in verschiedenen Anträgen vorliegenden Punkte. Doch ist es unzweifelhaft, daß die Forderung auf Bestrafung des dolosen Kontraktbruchs in dieser Sitzung nicht die Zustimmung der Majorität gefunden hätte. Schließlich wurde noch ein Antrag des Herrn Richter angenommen, der dahin ging: die in den Anträgen der Herren v. Hagen und Lehmann enthaltenen Punkte bezüglich der Heimaths- und Freizügigkeitsgesetzgebung auf die Tagesordnnng der nächsten Plenarsitzung des Kollegii zu stellen. — Hiermit wurden die Sitzungen dieser Session geschlossen. Es ist nicht zu verkennen, daß die Institution des Landes-Oekonomie-Kollegiums, welche vielfach schon als vollständig überflüssig und werthlos angesehen worden ist, durch die diesmaligen Verhandlungen wesentlich wieder an Bedeutung gewonnen hat. Zunächst ist in dieser Beziehung hervorzuheben die fortdauernde Theilnahme des Ministers an den Verhandlungen selbst, welche sich keineswegs auf die passive Assistenz beschränkte, sondern aus welcher deutlich das Bestreben hervorging, sowohl durch Eingreifen in die Diskussion die Fragen selbst zu fördern, als auch durch den persönlichen Verkehr mit den Mitgliedern des Kollegiums, nicht nur von den in den einzelnen Provinzen herrschenden Anschauungen und Bedürfnissen Kenntniß zu erhalten, sondern auch in den Mitgliedern Organe zu gewinnen, durch welche in allen Theilen des Vaterlandes ein gemeinsames Wirken nach gemeinsamen Gesichtspunkten zum Besten der Staats- und Landwirthschaft erreicht werden könne. Wesentlich hierbei mitzuwirken sind auch die Kommissionen berufen, über deren Wahl wir schon berichtet haben, und von denen die erste, die für die Agrargesetzgebung, schon im landwirthschaftlichen Ministerium in Thätigkeit getreten ist. Außerdem machte es sich erfreulich bemerkbar, daß die theilweise Verjüngung des Kollegiums, welche durch die alle drei Jahre stattfindende, von den landwirthschaftlichen Vereinen ausgehende Neuwahl einer Mehrzahl von Mitgliedern erfolgt, von dem besten Einfluß auf die Frische und Lebendigkeit der Verhandlungen ist.

Von der Rhön, 19. November, wird der „Fu'd. Ztg." folgende mittelalterlich anmuthende Meldung: „Dem israelischen Kultus-Vorstande zu S. wurde auf wiederholte Anfrage vom k. Landraths Amte Gersfeld unter dem 10. d. eröffnet, daß das sogenannte Judengeld, welches jede jüdische Familie zu S. im jährlichen Betrage von 1 Fl. an den dortigen Pfarrer bisher zu zahlen hatte, von dessen Entrichtung aber die dortigen Israeliten nunmehr entbunden zu sein glaubten, inhaltlich einer Entschließung der k. Regierung zu Kassel nach wie vor zu entrichten sei. Diese Entschließung ist auch für andere Pfarreien, in denen gleiche Verhältnisse sind, von Bedeutung.

Köln, 20. November. Der heilige Vater hat auf die ihm gemachte Mittheilung von der Entlassung des Erzbischofs von Köln aus dem Gefängnisse an Letzteren ein Schreiben gerichtet, in welchem er seiner Freude über die Befreiung des Oberhirten Ausdruck giebt."

Schwerin, 20 November. Ein berliner Blatt meldete kürzlich, daß Pfarrer Schilbe, einer der renitenten hessischen Vilmarianer, welcher von den mecklenburgischen Orthodoxen ohne Prüfung seiner Kenntnisse und Papiere in eine fette Pfründe in Parchim eingesetzt worden ist, gegen Kaiser und Reich in der gehässigsten Weise von der Kanzel herab sich ausgesprochen habe. Schon vor 15 Wochen sei deshalb eine Kriminaluntersuchung eingeleitet, aber von einem Urtheil verlaute Nichts. Jetzt wird demselben Blatte mitgetheilt, daß die Justizkanzlei in Bützow den Pastor Schilbe unterm 6. d. wegen Majestätsbeleidigung zu vier Monaten Festungshaft verurtheilt habe.

Frankreich.

Paris, 20. Novbr. Die Mairieen von Paris bieten augenblicklich ein nicht uninteressantes Schauspiel, denn die Revisionskommissionen halten dort eben Musterung über die zukünftigen Soldaten der Territorial-Armee. Die zwanzig Mairieen bieten einen sehr verschiedenen Anblick je nach ihrer Lage. In den wohlhabenden Quartieren ist der Bourgeois vorherrschend; in den geschäftstreibenden Quartieren mischt sich der kleine Ladeninhaber mit den Arbeitern; endlich in den Volksquartieren findet man neben den anständigen Arbeitern Gesindel von der schlimmsten Art. Jeden Tag wird eine Klasse revidirt; man hat mit der von 1866 angefangen und wird mit der von 1855 enden. In den Höfen der Mairieen warten die Einberufenen, und da die Revision ziemlich langsam vor sich geht, so bilden sich Gruppen und die Unterhaltung wird bald sehr lebhaft: das Wort Unterhaltung ist eigentlich etwas zu zahm in dieser Anwendung. Ueberall aber herrscht derselbe Grundton: man hört nur Beschwerden und Klagen über das neue Militärgesetz. Die Arbeiter fragen, wer ihre Familie ernähren wird, wenn sie zum Dienste eingezogen werden, die kleinen Geschäftsleute klagen, daß ihre Geschäfte ruinirt sein werden, wenn sie zu den Waffen greifen müssen; nirgendwo findet man Begeisterung, und selbst das große Wort Revanche zündet nicht. Die Zahl der pariser Bourgeois, welche sich auf irgend eine Weise frei zu machen suchen, ist sehr groß. Jeder schützt eine Krankheit oder ein Gebrechen vor; die Aerzte der wohlhabenden Familien werden um Atteste bestürmt, und die Revisions-Kommission hat viel zu thun, um alle Reklamationen in gebührende Erwägung zu ziehen. Bis jetzt ist alles aber ohne Ruhestörung vorgegangen. In der Provinz ist es nicht ganz so ruhig geblieben, in einigen Orten hat sich das Mißvergnügen sehr lebhaft geäußert. Zu St. Loup (Haute-Saone) sind grobe Exzesse vorgekommen und der Polizei-Kommissar wäre beinahe erschlagen worden; zu Marennes (Charente Inférieure) herrschte große Aufregung und man mußte Verhaftungen vornehmen; zu St. Just (Loire) wurden die Gendarmen, welche Ruhe geboten, mit Geschrei und Steinwürfen angegriffen, einer derselben wurde verwundet und die anderen machten von ihren Revolvern Gebrauch, wobei zum Glück nur eine Person verletzt ward. Zu Angers mußte eine Abtheilung Kürassiere den Gendarmen zu Hilfe kommen, die einen Mann verhaftet hatten, den das Volk ihnen wieder entreißen wollte. In Folge dieser Vorfälle hat der Minister des Innern den Präfekten sehr strenge Weisungen ertheilt, und der Kriegsminister den Militärbehörden befohlen, auf das schärfste gegen diejenigen einzuschreiten, welche sich dem Dienst in der zukünftigen Territorial-Armee zu entziehen suchen. (Köln. Ztg.)

Rußland und Polen.

Warschau. Im Interesse der Deutschen in Russisch-Polen bringt die „Schles. Ztg." noch folgende Bekanntmachung des deutschen General-Konsulats in Warschau zum Abdruck:

Die in dem Bezirke des kaiserlichen General-Konsulats zu Warschau in den Gouvernements Warschau, Petrokow, Plock, Łomża, Kalisch, Radom, Kielce, Lublin, Siedlce und Suwalki ansässigen deutschen Reichsangehörigen setze ich hiermit davon in Kenntniß, daß nach einer neuen Verordnung der Reichsregierung sämmtliche deutsche Reichsangehörige, welche ihren bleibenden Aufenthalt in Rußland nehmen, von jetzt ab ihre Eintragung in die Matrikel desjenigen Konsulats, in dessen Bezirk sie ihren Wohnsitz aufzuschlagen gedenken, innerhalb sechs Monaten nach ihrer Niederlassung in Rußland zu bewirken haben, widrigenfalls ihnen Matrikelbescheinigungen nicht ausgestellt werden.

Um den Reichsangehörigen die Immatrikulation so viel als thunlich zu erleichtern, wird dagegen die bisher übliche alljährliche Eintragung in die Matrikel in Wegfall kommen und die einmalige Eintragung für die Dauer von 10 Jahren giltig sein; diese Eintragung sichert den Immatrikulirten die Erhaltung des heimathlichen Staatsbürgerrechts während der angegebenen Zeit und ist die auf Grund der Eintragung ertheilte Matrikelbescheinigung geeignet, abgelaufene Nationalpässe zu ersetzen und ihre Inhaber jederzeit vor den kaiserlich russischen Behörden zu legitimiren.

Ich ersuche demnach die in meinem Amtsbezirke angesessenen Reichsangehörigen, welche bisher ihre Eintragung in die Matrikel des kaiserlichen Konsulats verabsäumt haben, dieselbe bis zum 1. April 1875 zu bewirken. Diejenigen, welche bereits in die Matrikel eingetragen sind, haben beim Beginn des Jahres 1875 ihre Eintragung zu erneuern resp. die bereits erlangten Matrikelscheine gegen neue mit 10jähriger Gültigkeitsdauer umzutauschen. Jeder deutsche Reichsangehörige, welcher sich in Zukunft nach Rußland begiebt, um dort seinen bleibenden Aufenthalt zu nehmen, hat sich 6 Monate nach seiner Ankunft im russischen Reiche zur Eintragung in die Matrikel desjenigen Konsulates zu melden, in dessen Amtsbezirke er seinen dauernden Wohnsitz aufzuschlagen beabsichtigt.

Ueber die erfolgte Eintragung wird ihm eine Matrikelbescheinigung ausgestellt, die auf 10 Jahre gültig ist. Die Eintragung ist zu erneuern, so oft in dem Familienstande des Eingetragenen durch Verheirathung, Geburt oder Tod von Kindern, Tod von Ehegatten, eine Veränderung eintritt, sonst erst 10 Jahre nach dem Datum der ersten Eintragung.

Den Vorschriften des kaiserlich russischen Paßgesetzes bleiben die deutschen Reichsangehörigen nach wie vor unterworfen; sie haben sich deshalb vor ihrer Reise nach Rußland mit einem gültigen Nationalpasse oder Wanderbuche zu versehen, diese Dokumente vor ihrem Eintritt in das russische Reich bei einer kaiserlich russischen Gesandtschaft oder einem kaiserlich russischen Konsulate visiren zu lassen und 6 Monate nach ihrer Ankunft in Rußland ein russisches Aufenthaltsbillet, welches alljährlich erneuert werden muß, zu lösen.

Indem ich die deutschen Reichsangehörigen ersuche, den vorstehenden Bestimmungen in ihrem eigenen Interesse pünktlich nachzukommen, weise ich dieselben ausdrücklich darauf hin, daß die Bescheinigungen, welche fortan nur im Falle rechtzeitig bewirkter Eintragung in die Matrikel ertheilt werden, von den kaiserlich russischen Behörden als Legitimationsdokumente jederzeit anerkannt werden, wogegen allen denjenigen, welche ihre Eintragung in die Matrikel verabsäumen, vorkommenden Falls überlassen bleiben muß, für ihre Legitimation den kaiserlich russischen Behörden gegenüber selbst Sorge zu tragen. Solche Säumige werden daher auch alle Weiterungen und Unzuträglichkeiten, die ihnen bei den Lokalbehörden wegen mangelnder oder nicht ausreichend angesehener Legitimationspapiere entstehen können, lediglich der Vernachlässigung der Immatrikulation zuzuschreiben haben.

Meldungen zur Aufnahme in die Matrikel werden fortan von mir schriftlich oder mündlich während der Dienststunden entgegen genommen werden.

Wer sich in die Matrikel eintragen zu lassen beabsichtigt, hat unter Angabe des Orts und Datums seiner Geburt, auch der Religion, die

---

Interimstheater.

Nach all' dem Unsinn, den das Helmerding'sche Gastspiel in den letzten Wochen brachte, ging am Sonntag wieder einmal ein Drama ernsten Styls in Szene. „Der verliebte Löwe", Schauspiel in fünf Akten von François Ponsard (nicht Possard, wie der Theaterzettel besagte), deutsch von August Förster, heißt die jüngste Novität des Interimstheaters. Ob die Direktion sich für die Erwerbung dieses Stückes den Dank der Menge erworben hat, will uns nach dem Erfolg am Sonntag einigermaßen zweifelhaft erscheinen; was uns betrifft, so zollen wir ihr bereitwillig unsere Anerkennung dafür, daß sie ein Werk zur Aufführung brachte, welches dem Geschmack des großen Publikums vielleicht weniger zusagt, aber ganz entschieden von literarischer Bedeutung ist.

Ponsard nimmt unter den modernen französischen Dramatikern eine ziemlich vereinsamte Stellung ein. Während Dumas Sohn, Augier, Sardou u. s. w. die Ehebruchskomödie kultiviren, neigte er bisher zur Antike oder, wie Gottschall jene dramatische Richtung zu bezeichnen pflegt, zur „akademischen Studie." Uns sind zwei Werke dieser Art von ihm bekannt: das lyrische Schauspiel „Odysseus" und die Tragödie „Lucrezia", welche dem bekannten Dramatiker Albert Lindner zu seiner mit dem Schillerpreis gekrönten Tragödie „Brutus und Collatinus" mehr als Vorbild gewesen ist. Namentlich hat man ihm nachgewiesen, daß er den effektvollen Schluß des zweiten Akts direkt der „Lucrezia" entlehnte.

Ist es an sich bemerkenswerth, wenn ein französischer Dramatiker nicht in den allgemeinen Chorus einstimmt, sondern die Straße meidet, auf der viele Andere reiche Lorbeeren gefunden, so verdient die Eigenart seines Talents noch größere Beachtung. Ponsard ist Idealist, er strebt dem Ideal der reinen Kunst mit ganzer Hingabe nach. Das beweisen sowohl „Odysseus" als „Lucrezia" und dies beweist auch „Der verliebte Löwe." Mit diesem Stück hat sich Ponsard den Konflikten der neueren Zeit zugewandt, ohne die edle Einfachheit des Styls aufzugeben, welche jene Arbeiten auszeichnet.

Die Architektur ist tadellos, streng den Gesetzen des dramatischen Baues gemäß. Die Erkenntniß, daß man es hier mit einem Künstler zu thun hat, berührt um so wohlthuender, als sich der moderne Komödienschlendrian mehr und mehr von jeder Regel, die doch wahrhaftig nicht ohne Grund aufgestellt worden sind, entfernt. Beginn, Steigerung und Ende mit ihren Mittelstufen passen genau zu einander. Der Konflikt an sich, der den Angelpunkt der Handlung abgiebt, ist freilich subtiler Natur und vielleicht mehr zu novellistischer als dramatischer Gestaltung geeignet. Das, was man gemeinhin „Handlung" nennt, also ein Vorgang mit stark äußerlicher Wirkung, fehlt dem Stück. Der Dichter verlegt den Schwerpunkt in einen psychologischen Prozeß, der sich mit innerer Nothwendigkeit vollzieht. Er hat dies so sehr zu seiner Aufgabe gemacht, daß er sogar die äußeren Elemente verschmähte, welche sich eigentlich von selbst als in den Kreis seines Stoffes gehörend darboten.

Das Konventsmitglied Humbert faßt eine leidenschaftliche Liebe für die verwittwete Marquise von Maupas — der Republikaner zur Aristokratin. Nun glaubt man die anscheinend unausbleiblichen Konflikte bereits am Schluß des ersten Akts vorauszusehen: Humbert werde mit seiner Stellung, mit seinen Gesinnungsgenossen u. s. w. in harte Kollisionen gerathen, es werde Funken, vielleicht auch Feuer geben. Aber diese Voraussicht wird nur theilweise zur Wahrheit. Der „verliebte Löwe" befindet sich fast ausschließlich im Kampf mit sich selbst, und da, wo sein Verhältniß zur Marquise auf die Außenwelt influirt, wird nun ein leichtes Wellenkräuseln, aber kein Sturm erregt. Humbert besteht eine Reihe von Prüfungen seines Gefühls, und dies geht schließlich siegend daraus hervor. Das ist der Inhalt des Stücks — wie man sieht poetische Filigranarbeit, die geläuterten Geschmack und ernste Sammlung voraussetzt, um rein genossen und voll gewürdigt zu werden. Uns hat viel mehr der Dichter als seine Dichtung interessirt, d. h. es machte uns mehr Vergnügen, seine künstlerische Thätigkeit zu beobachten, zu sehen, wie das Gewordene geworden ist. Daß es ihm weder an dramatischer Kraft, noch an echt poetischem Tiefblick gebricht, wird instinktiv auch von denen zugegeben werden müssen, welche sich über das Ganze nicht weiter Rechenschaft abzulegen vermögen.

An die Darstellung tritt das Stück mit großen Anforderungen heran, aber es wäre ungerecht, wollten wir mit dem dadurch bedingten Maßstabe die am Sonntag gebotenen Leistungen messen. Die Mitwirkenden haben sich sammt und sonders redlich Mühe gegeben und die leichtfließenden Jamben im Ganzen viel erträglicher behandelt, als wir erwarten konnten, namentlich wenn man berücksichtigt, daß mit der Aufführung dieses Stückes unseres Wissens in der laufenden Saison der erste Versuch im höheren Styl gemacht wurde. Im übrigen freilich sind die stimmlichen Mittel des Herrn Willi und des Fräulein Schenk für Aufgaben, wie sie die Rollen des Humbert und der Marquise stellen, nicht ausreichend; dazu gebricht es ihnen an Kraft. Beide trafen indeß einige Male den echt lyrischen Ton recht glücklich und ermangelten auch nicht des Beifalls. Wenn Frl. Schenk nur das so verhängnißvolle „r" weniger durch die Zähne sprechen wollte!

Die Vorstellung ging bis auf kleine Unebenheiten glatt von statten; am Schluß des vierten und fünften Akts spendete das ziemlich zahlreiche Publikum Beifall. E.

Der Kehlkopf der Pauline Lucca

ist der Gegenstand einer wissenschaftlichen Darstellung für einen wiener Arzt geworden, dem die berühmte Sängerin bei ihrer Rückkehr in die Vaterstadt jenes edle Organ zur genauesten Besichtigung durch den Kehlkopfspiegel anvertraut hat. Der Arzt Dr. Fr. Fieber giebt das Resultat seiner Untersuchung wie folgt wieder: „Gleich bei dem Anblicke der Gaumenhöhle fallen dem sachkundigen Beschauer die Geräumigkeit derselben, die außerordentliche Symmetrie (welcher nur die eine exstirpirte Tonfülle etwas Eintrag thut) und die Energie, mit welcher sich beim Anschlagen eines Tones das Gaumensegel hebt, besonders ins Auge. In einem so günstig formirten Raume können die Schallwellen, welche dem Kehlkopfe entströmen, sich mächtig verstärken, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß das schöne An- und Abschwellen des Tones, welches wir bei Frau Lucca bewundern, zum Theil in der Thätigkeit der vortrefflich geschulten Gaumenmuskulatur seine Erklärung findet. — Der Kehlkopf selbst ist klein und zierlich, doch sind seine einzelnen Theile ungemein ausgebildet und entwickelt. Die sogenannten wahren Stimmbänder (der eigentliche Motor der Stimme) präsentiren sich schneeweiß und haben wenig von dem bläulichen Schimmer, welchen sie bei Damen gewöhnlich zeigen. Bei Frau Lucca sind diese Stimmbänder etwas kürzer, als ich dieselben wohl sonst bei Sängerinnen zu beobachten pflegte, dafür aber sehr stark und kräftig und hinsichtlich ihres muskulösen Antheiles von der Natur sehr reichlich bedacht. Im Ruhezustande (d. i. bei ruhigem Athmen, während kein Ton angegeben wird) sind sie von den sogenannten falschen Stimmbändern zum Theile bedeckt; beim Anschlagen eines Tones zeigen sie sich in ihrer ganzen Breite und Stärke. Man kann durch die Stimmritze hindurch bis tief in die Luftröhre sehen, und es heben sich die Knorpelringe dieser letzteren, durch die blaßroth gefärbte Schleimhaut hindurchschimmernd, deutlich hervor. — Ich schließe diese Mittheilungen über einen Kehlkopf, welcher zu den berühmtesten unserer Zeit gehört, mit dem Ausdrucke meines besten Dankes an die liebenswürdige Besitzerin desselben, die mir gestattete, Beobachtungen zu machen, deren weitere Verfolgung für die Kunst und für die Wissenschaft in gleicher Weise von hohem Interesse erscheint."

Der letzteren Ansicht ist nun die „Presse" nicht. Der Artikel des Dr. Fieber erschien in der „Neuen Freien Pr." unter „Eingesandt", und wird jetzt ebenfalls unter „Eingesandt" in der „Presse" wie folgt parodirt:

Das Hühnerauge des Herrn Rossi. Herr Redakteur: Ich habe heute mit großer Freude in einem hiesigen Blatte den Aufsatz des Herrn Dr. F. F. über den „Kehlkopf von Paulina Lucca" gelesen, weil ich darin eine Wahrheit bestätigt fand, die ich an dem großen Tragöden Ernesto Rossi erfahren, die jedoch in wissenschaftlicher Form der Oeffentlichkeit zu übergeben ich mich aus für mein Geschäft schlecht angebrachter Bescheidenheit scheute. Es ist nämlich buchstäblich wahr, daß „Organe in einem scheinbar niedrigen Grade der Ausbildung" die Quelle ganz wunderbarer Kunsterscheinungen sein können. Wer würde beispielsweise glauben, daß ein kleines, unscheinbares, unausgewachsenes Hühnerauge ein kaum entbehrliches Requisit für die höchste dramatische Steigerung der Darstellung bilden kann? Und doch . . . und doch: Ich bin so glücklich, es der Welt verkünden zu können.

Jedermann wird wohl schon auf den Knopf eines Zimmertelegraphen gedrückt haben. Geschah es einmal, so kam ein Kellner; zweimal, ein Dienstmädchen (manchmal von auffälliger Schönheit); dreimal, sogar ein Hausknecht. Welche wunderbare und dabei hocherfreuliche Erscheinung! Aber was ist diese gegen das Hühnerauge des Hrn. Ernesto Rossi? Jedermann erinnert sich auch an dessen wunderbaren schmerzlichen Aufschrei in der Tragödie ebensogut, wie an sein helles, freundliches, volles Lachen im Lustspiel. Endesgefertigter fragte sich umsonst, wie ein normal organisirter Mensch eine solche Wandelbarkeit der Gefühlsausbrüche hervorzubringen im Stande sei? Eines Tages sollte mir Aufklärung kommen. Rossi ließ mich nämlich rufen. Ich kam natürlich sofort und breitete meine Instrumente aus. Er entkleidete seinen Fuß, und was sah ich? Ein Hühnerauge! das ich mit meiner bewunderungswürdigen Kunstfertigkeit sofort entfernte. Aber welch ein Hühnerauge war das. Anfangs kam es mir unscheinbar vor. Nachdem mir aber Rossi erzählt, was es damit für eine Bedeutung habe, da hielt ich es im höchsten Grade werth. Wenn sich nämlich Rossi selbst durch eine geschickte Wendung auf das Hühnerauge trat, so schrie er so wunderbar schmerzhaft auf, daß die Zuhörer von einem Schauer der Bewunderung erfüllt wurden. Im ersten Akte that er es einmal, im zweiten zweimal und so fort, und solcherart brachte er es denn bei der entscheidenden Stelle durch mehrere Tritte auf das Hühnerauge zur höchsten tragischen Steigerung. So hielt er es immer, wenn er ein Trauerspiel gab. Trat er aber im Lustspiel auf, dann mußte ich das Hühnerauge vorher entfernen und dann bemächtigte sich des Tragöden die ungebundenste Heiterkeit. In Amerika hätte man mir für diese Entdeckung mein Haus eingerannt, hier muß ich mich mit meinem wissenschaftlichen Ruhm bescheiden. Was übrigens sich wissenschaftlich daraus noch Reklame machen läßt, werde ich mir erlauben nächstens mitzutheilen.

Genehmigen Euer Hochwohlgeboren den Ausdruck meiner größten Hochachtung und mich dem geehrten hühneraugenleidenden Adel und dem verehrten Publikum bestens empfehlend, zeichne ich mich als Ihr ergebener Diener. **Rochus Fitzek**, Operateur aus Tirol.

zur Erbringung des Nachweises der Zugehörigkeit zu einem der Staaten des deutschen Reichs erforderlichen Papiere (Nationalpaß oder Heimathschein) mit seinem bezüglichen Antrage einzureichen. Zur Immatrikulation von Frauen und Kindern, die in den Pässen oder Heimathscheinen nicht eingetragen stehen, sind überdies die beglaubigten Trau- und Taufscheine beizubringen. Die zu erhebenden Gebühren betragen für Eintragung und Matrikelbescheinigung 6 Mark = 2 Rubel 20 Kopeken Silber.

Warschau, den 5. November 1874.

Der kaiserlich deutsche Generalkonsul.
v. Rechenberg."

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung. (Schluß.)

Berlin, 21. November, 11 Uhr. Abg. Rickert (zu dem Gesetz-Entwurf über Steuerfreiheit des Reichseinkommens.) Ich bin im Wesentlichen für den Gesetz-Entwurf und glaube, daß der Vorredner (Abg. Stumm) sehr übertriebene Befürchtungen an die Einführung des Gesetzes geknüpft hat. Der Gesetzentwurf hat thatsächlich die ihm beigelegte große Tragweite nicht. Wenn Elsaß-Lothringen, wie der Präsident des Reichskanzleramts so eben bestätigt hat, ausscheidet mit seinen Eisenbahnen und sonstigen Reichsinstituten, was bleibt dann übrig? Ich glaube, hervorgerufen ist das Gesetz durch einen Konflikt des Reiches mit der Haupt- und Residenzstadt Berlin, und ich bedaure, in dieser Beziehung mich vollständig auf Seiten des Reichs stellen zu müssen. Sie sagen: wem könnte es wohl einfallen, Post oder Telegraphie zu besteuern? Der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Berlin hat den Versuch gemacht, die Intraden der Postverwaltung in Berlin zu besteuern. Er hat gesagt, die Ueberschüsse der Postverwaltung betragen so und so viel Millionen, Berlin hat so und so viel Einwohner, ergo dividire ich einfach mit 25 Millionen und multiplicire mit der Zahl der Einwohner. So könnte jeder kleine Ort sich eine Einkommensteuer aus der Postverwaltung herrechnen, während andrerseits feststeht, daß das Reich Zuschüsse macht für die Postverwaltung. Sie mögen einen Modus nehmen, welchen Sie wollen, Sie werden immer auf die widersinnigsten Resultate kommen, wenn Sie die Post oder die Telegraphen-Verwaltung besteuern wollen für Kommunalzwecke. Ich komme zu anderen Reichsinstituten; Eisenbahnen sind ja nicht vorhanden, es würde sich also handeln um die Wohnungen und Gebäude, die das Reich hat. England räumt den Gemeinden viele Rechte ein, es hat aber doch immer den Haupt und Fundamentalsatz festgehalten, daß alle öffentlichen Gebäude von Kommunalsteuern freibleiben müssen. Dies ist ein einfach praktischer Gesichtspunkt. Ich möchte vielleicht als streitig aufstellen die zu Beamtenwohnungen benutzten Gebäude. Ich will auf diese Frage hier nicht eingehen, ich lasse sie offen und stelle anheim, ob es vielleicht möglich sein wird, durch einen kleinen Zusatz diesen einzigen und in seinen Beträgen durchaus nicht erheblichen Punkt auszuscheiden. Herr Abgeordneter Grumprecht hat es natürlich gefunden, daß die Gemeinden für die Leistungen, die sie dem Reiche darbieten, an seinen Instituten, insofern in denselben auch Wohnungen genommen werden, an einem gewissen Orte auch eine Gegenleistung in Form einer Steuer nehmen will. Der Gesetzentwurf schließt dies auch nicht aus, man soll dann aber die rationelle Form wählen, die Form der Grundabgaben; das ist der Punkt, wo man mit der Kommunalsteuer eintreten kann. Das Reich kann doch nicht dafür, wenn die Kommunen eine rationelle Besteuerung nicht haben. Wenn also die Kommunen die Gebäude des Reiches heranziehen wollen zu den Lasten, so mögen sie dieselbe rationelle Besteuerung einführen, die beispielsweise auch Hannover hat, wo auch der Grundsatz gilt, daß das Staatseinkommen durchaus nicht belastet werden darf durch die Kommunalsteuer. Es handelt sich hier überhaupt gar nicht darum, den Grundsatz Leistung und Gegenleistung einzuführen, sondern es handelt sich darum, ob man eine Schranke ziehen soll der vollkommen willkürlichen Heranziehnng der Staats- und Reichsinstitute zu den Lasten der Gemeinden, die in einem Maße genommen wird, welche durchaus nicht entspricht den Vortheilen, welche diese Reichsinstitute von den Kommunen haben. Lübeck bezahlt wenige tausend Thaler Matrikularbeiträge; wenn Sie Lübeck eine Besteuerung der Quellen des Reichseinkommens einräumen wollen, dann wäre es ein Leichtes, daß Lübeck die Hälfte seiner Matrikularbeiträge auf der Kommunalbesteuerung sich wieder zurücknehmen könnte. Wie Sie auch die Sache anfangen mögen: wenn Sie den im Gesetz enthaltenen Grundsatz nicht annehmen, so kommen Sie in der That in der praktischen Ausführung zu vollständig widersinnigen Resultaten. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Gesetzentwurfs mit einigen unwesentlichen Modifikationen, die sich in zweiter Lesung leicht ergeben werden. Dann handelt es sich um unbedeutende Summen, Berlins Forderung betrug in dem einen Jahre 30 Thlr., in dem andern 72 Thlr., die Gesammtsumme in den Jahren 1869–71 betrug 156 Thlr. Die ganze praktische Bedeutung des Antrages würde dahin führen, daß die Kommunen das Reich in ganz ungemessener Weise für ihre Zwecke in Anspruch nehmen werden. Das Gesetz stellt ferner ein Prinzip auf, welches ich auch als richtig anerkenne. Ich bin mit dem Abg. v. Putikamer der Meinung, daß man überhaupt eine Steuer auf das Einkommen der juristischen Personen und Forensen zu Kommunalzwecken nicht legen solle, und weil ich wünsche, daß für eine solche heilsame Reform Bahn gebrochen wird, erachte ich die Annahme des Gesetzentwurfes für sehr förderlich und dienlich.

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat ganz Recht, daß der Anspruch der Stadt Berlin den ersten Anlaß zur Vorlegung dieses Gesetzes gegeben hat. Hauptsächlich sind wir aber dazu veranlaßt dadurch, daß das königl. preußische Ministerium des Innern sich im Ganzen prinzipiell auf die Seite der Kommunalverwaltung gestellt hat, indem in den Ressorts vermöge der Unabhängigkeit, die sie anstreben, sehr leicht die Neigung obwaltet, Alles, was nicht direkt zu ihnen gehört, als Feindesland zu betrachten und Alles an sich zu ziehen, was sie erreichen können. Der Reichskanzler (der auf der Tribüne ungewöhnlich schwer zu verstehen ist) führt dann aus, daß er keine Zahlung aus Reichskassen gestatten könne, die nicht budgetmäßig bewilligt und festgestellt sei und daß jede Summe, die man das Reich an die Kommunen zahlen lasse, von den Steuerzahlern wiederum in Form von Matrikularbeiträgen aufgebracht werden müsse; insbesondere müsse der Anspruch der Berliner Kommune dahin führen, daß die Frage aufgeworfen werde, ob Berlin für den Sitz der obersten Reichsverwaltung der zweckmäßigste Ort sei. Die Stadt, die doch davon große Vortheile hat, würde gegen eine solche Verlegung sehr empfindlich sein und sie vielleicht bitter beklagen. Vielleicht könnte da ein Verhältniß der Reziprozität hergestellt werden, indem das Reich wiederum jedes Mitglied der Gemeinden besteuert. (Heiterkeit.) Was ist denn das Besteuerungsrecht der Kommunen anders als ein Theil des Ausflusses der Landeshoheit, der ihnen übertragen ist? Soll nun etwa auch der Kreis das Reich besteuern dürfen? Theoretisch würde alsdann das Recht dazu nicht zu bestreiten sein. Der Reichskanzler erklärt, die ganze Sache mache auf ihn so einen recht urgermanischen Eindruck, sie heimele ihn geradezu an, wenn er sieht, wie jedes kleine rechtliche Gebilde in dem großen deutschen Vaterlande bestrebt sei, auf Kosten der Gesammtheit zuzugreifen nach dem, was man kriegen kann; wer's kriegt, der hat's. (Heiterkeit.) Es ist das ein Rest jener mittelalterlichen standrechtlichen Neignng, jedes erreichbare Stück eines Weges, einer Wasserstraße, die einer zufällig besaß, als Steuerquelle zu benutzen. Das Reich war damals schwach, es mußte sich das gefallen lassen und ließ es sich gefallen. Aber heute darf die Gesetzgebung nicht zulassen, daß das große Reichsfaß von jeder Gemeinde angezapft werde, darf neben den großen Opfern, die der steuerpflichtige Reichsbürger für die großen nationalen Zwecke schon zu bringen hat. Die ohnehin beschränkten Betriebsmittel des Reiches dürfen nicht noch verkürzt werden. Auf demselben Wege könnte man zur Besteuerung der Post- und Telegraphen-Verwaltung gelangen. Der Reichskanzler bittet wiederholt die Vorlage einfach anzunehmen.

Abg. Freiherr v. Wendt kann in der Besteuerung des Reichseinkommens keine Verminderung der Souveränetät des Reiches erkennen, denn in analogen Fällen habe man es nicht für eine Verminderung der Souveränetät des Staates angesehen, wenn z. B. in den Einzelstaaten die Kommunen das Staatseinkommen besteuert hätten. Die Gemeinden sind ja in Deutschland nicht das, was sie in Frankreich sind, nämlich der kleinste Verwaltungsbezirk, sondern die deutsche Gemeinde steht dem Staate selbstständig gegenüber; die Besteuerung des Reiches von Seiten der Gemeinde ist also auch keine „politische Monstrosität". Redner mißt dem Gesetze keine finanzielle Tragweite bei; die Summe der Steuer könnte ebenso, wie in Preußen, im Etat leicht aufgestellt werden.

Abg. Miquel hält das Gesetz lediglich für eine Deklaration des bestehenden Rechts, denn keine Gemeinde sei gesetzlich berechtigt, das Einkommen des Reiches zu versteuern. Wenn auch unsere Gemeinden etwas Anderes sind, als die französischen Kommunen, so giebt es doch für dieselben kein Urrecht, kraft dessen sie besteuern kann, wen, wo und wie sie wollen; das Steuerrecht steht den Gemeinden nur soweit zu, als die Landesgesetze es ihnen gewähren; eine Landesgesetzgebung kann aber dem Reiche keine Steuern zumuthen. Wenn aber die Frage einmal gesetzlich geregelt werden soll, so wird es wohl besser sein, dieselbe generell zu regeln und nicht bei der bloßen Deklaration stehen zu bleiben. Es wäre z. B. sehr zu wünschen, daß ähnlich, wie in den Rheinlanden, so auch in Elsaß-Lothringen den Gemeinden das Recht gegeben werden muß, die Eisenbahnen zur Steuer heranzuziehen; denn über Kurz oder lang müsse man den Gemeinden im Elsaß eine andere Verfassung geben und sie aus der französischen Einschnürung befreien. Die Gemeindebesteuerung müsse überhaupt reformirt werden; aber das könne nicht vom Reich aus betrieben werden. Das Gesetz muß pure angenommen werden; denn eine Abänderung desselben würde doch den gegenwärtigen Zustand nicht gänzlich ordnen.

Damit schließt die erste Lesung; die zweite wird wiederum im Plenum stattfinden, da die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission nicht beliebt worden ist. Schluß 4¾ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Erste Lesung der Justizgesetze.)

Tagesübersicht.

Posen, 23. November.

Die Kommission des Reichstags für das Landsturmgesetz ist, wie die „D. Allg. Corr." meldet, auf Zweifel gestoßen. Der Entwurf stellt bekanntlich das Prinzip auf, daß im Nothfalle auch die Landwehr aus der Zahl der Landsturmpflichtigen ergänzt werden kann. Gegen diesen Grundsatz hat sich in der Kommission entschiedener Widerspruch erhoben, dessen Resultat die Ablehnung des erwähnten Paragraphen mit acht gegen vier Stimmen gewesen ist. Die Regierung hat das Verlangen, die genannte Bestimmung zurückzuziehen, ebenfalls abgewiesen, so daß, wenn das Plenum sich den Ansichten der Kommission anschließt, der Gesetzentwurf Gefahr läuft zu scheitern.

In einer Besprechung des deutschen Bankgesetzentwurfes bemerkt die „Times", es könne nicht Wunder nehmen, daß die Reichstagsmitglieder, insbesondere die Abgeordneten der Handelsplätze, dem Regierungsentwurfe energische Opposition entgegensetzt. „Es sind" — sagt das Cityblatt — „freilich unverkennbare Vortheile mit der ausschließlichen Zirkulation eines einzigen Papier-Geldzeichens im ganzen Lande verbunden und der jetzige Augenblick ist der Einführung einer solchen Veränderung in Deutschland überaus günstig. Man verlangte in dieselbe in der That allgemein und forderte daher eine Reichsnotenbank; aber der Erwartung folgte die Enttäuschung. Fürst Bismarck selber muß auf die Reichsbank als das letzte Ziel der Bankreform hinsteuern und, wenn die Regierungsvorlage im Gegensatze hierzu sich engherzig beschränkt, so giebt das ein Zeugniß für des Kanzlers Schätzung der Macht aller jener Interessen, welche gegen die Schöpfung einer Zentralnotenbank opponiren würden. Wir wissen, wie mächtig diese Hindernisse sind: ein Menschenalter ist vergangen, seitdem Sir Robert Peel auf der Höhe seines Ansehens gestand, daß jene Hindernisse fast unüberwindlich seien und, obwohl er darauf vertraute, daß dieselben eines Tages schwinden würden, haben sie doch heute noch nicht alle Wirkungskraft verloren. Die zentralisirende Richtung, wie sie sich augenblicklich in den Willenskundgebungen der deutschen Reichstagsmajorität ausdrückt, würde sich stark genug erweisen, um den Kanzler in der Unifikation der umlaufenden Papierzeichen mit Erfolg zu unterstützen. Aber wenn Fürst Bismarck noch immer vor der Aufgabe zurückschreckt, so dürfte ihm empfohlen werden, dem Vorgange der in den Ver. Staaten unter der zentralisirenden Bewegung, welche dem Bürgerkriege folgte, bewirkten Gesetzgebung nachzuahmen. Die Bedingungen, durch welche der Kongreß sogenannte Bundesnoten, in jedem Staate und Gebiete der Union zirkulirend, an Stelle der Vielfältigkeit von Emissionen, die früher herrschte, setzte, waren und sind den Banken und Instituten, deren Privilegien durch das neue Gesetz modifizirt wurden, freilich über die Maßen günstig; aber das damals von der Legislative adoptirte Prinzip ist unabhängig von den besonderen Details des Gesetzes, in welchen es verkörpert wurde, und dieses Prinzip mag der Beachtung der deutschen Regierung empfohlen werden."

Unter den heute aus Frankreich vorliegenden Nachrichten hat die Mittheilung eines Vorganges im pariser Gemeinderath das größte Interesse. In der Freitagsitzung der genannten Körperschaft erstattete Herr Dubief einen seit langer Zeit ausständigen Bericht über die Rechnungen der pariser Maires aus der Belagerungsepoche. Da dieser Bericht unter Anderem der Thatsache Erwähnung that, daß der Chef der Gemeindepolizei, Herr Ansart, in einer parlamentarischen Enquête der pariser Maires aller möglicher Unregelmäßigkeiten und Mißbräuche beschuldigt, und als die Kommission des Gemeinderaths ihn deshalb um nähere Auslassungen bat, erklärt hätte, er habe nur wiederholt, was unter den Leuten geschwatzt wurde, unterbrach Herr Lockroy die Verlesung mit dem Bemerken: „Da sieht man, wie es bei parlamentarischen Enquêten zugeht!" Der Seinepräfekt Duval gerieth über diese Worte in große Aufregung: er könne, sagte er, nicht dulden, daß man die Nationalversammlung verdächtige, und da denn die Linke sich so in die Brust werfe, so werde man über das Verhalten der pariser Maires während der Belagerung eine Enquête einleiten, von deren Resultat sie schwerlich erbaut sein werde. Die letzteren Worte bezog wieder der Gemeinderath Clémenceau, ehemaliger Maire von Monmartre, auf sich, und so wechselten nun Lockroy, Clémenceau und Allain-Targé auf der einen, der Seinepräfekt auf der anderen Seite, allerlei Drohungen aus, bis der Präsident Vautrain den Streit zum Abschluß brachte, indem er die Indrucklegung und Vertheilung des Dubief'schen Berichtes votiren ließ.

Der Vorschlag, welcher von der schweizerischen Eidgenossenschaft an die europäischen Regierungen behufs Einberufung einer internationalen Konferenz aller europäischen Eisenbahn-Verwaltungen unterbreitet worden ist, hat allseitig zu vorkommende Aufnahme gefunden und es scheint der Zusammentritt der Konferenz gesichert. In dem schweizerischen Vorschlage werden hauptsächlich 4 Punkte zur Diskussion vorgeschlagen. Es soll vereinbart werden: 1) Die Haftpflicht der Eisenbahnen bei Güterbeförderungen: 2) die Feststellung eventueller Beschädigungen der Frachtstücke; 3) die allgemeine Regel, daß die abliefernde Gesellschaft dem Adressaten gegenüber verantwortlich bleibt, ohne daß demselben das Recht des Regresses an die vorhergehende Gesellschaft beschränkt wird, 4) Errichtung eines kompetenten Tribunals im Falle von Streitigkeiten zwischen den Interessenten. Für das letztere dürfte ein internationales Bureau am passendsten sein, wie wir es für das Thelegraphenwesen in der internationalen Telegraphenvereinigung und für das Postwesen in dem nunmehr begründeten internationalen Postverein besitzen. In dem Reichseisenbahnamte beschäftigt man sich dem „Börs. Cour." zufolge, angelegentlich mit den eidgenössischen Vorschlägen und soll dieselben für den internationalen Verkehr für sehr wünschenswerth erachten.

Heute ist in Italien das Parlament zusammengetreten, es liegen indeß zur Stunde noch keine Meldungen über die Eröffnung vor. Wie wir vor einiger Zeit an leitender Stelle nachwiesen, konnte der Regierung auch in der neu beginnenden Legislatur-Periode keine allzu große Majorität zur Seite stehen. Doch es kommt ein anderes, für die Regierung günstiges Moment in Berücksichtiguog: die Spaltung in den Reihen der Opposition. Die ministerielle Partei hat hingegen aus den trüben Erfahrungen früherer Zeiten gelernt und steht stark geschlossen als eine kampfbereite Phalanx den Uneinigen gegenüber. Herr Lamarmora, der allein fähig sein möchte, die Einmüthigkeit der konservativen Parteien zu trüben, hat auf jede politische Thätigkeit verzichtet. Unklar ist vorläufig noch die Stellung der Klerikalen, dieselben haben bis jetzt ihr Visir noch nicht zurückgeschlagen, man weiß nicht, sind sie aus irgend welchen Gründen mit den Liberalen liirt, oder mit den Radikalen. Jedenfalls verspricht diese Session der Deputirtenkammer eine interessante zu werden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 23. November.

r. Die Bezirksversammlung der Wähler des I. Bezirks der II. Abtheilung, behufs Aufstellung der Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen fand heute Abends 6 Uhr im Handelssaale unter Vorsitz des Redakteurs Stein, Kommissarius des Wahlkomités, statt. Anwesend waren über 40 stimmberechtigte Wähler des I. Bezirks der II. Abtheilung. Zu Beisitzern wurden vom Vorsitzenden ernannt: Dr. Brieger, Kaufmann Malade, Landschafts-Sekretär Beer, Kaufmann E. Kantorowicz. Der Vorsitzende brachte alsdann als Kandidaten im Namen des Wahlkomites in Vorschlag: in erster Reihe den Maurermeister Weigt, den Kaufmann H. Rosenfeld, den Fabrikbesitzer Wolff Kronthal, welche im Wahlkomite die Mehrheit der Stimmen erhalten haben, in zweiter Reihe: den Dr. Fränkel und den Kaufmann Karl Hartwig. Vom Kaufmann Malade wurden dagegen im Namen des Bürgervereins vorgeschlagen: Kaufmann Rosenfeld, Medizinal-Assessor, Apotheker Reimann, Tischlermeister Bittmann, Auktionskommissarius Manheimer. Von anderen Seiten wurden in Vorschlag gebracht: Apotheker Elsner, Kaufmann Ad. Kantorowicz. Seitens der Versammlung wurden nach längerer Debatte als Kandidaten aufgestellt: Kaufmann H. Rosenfeld, Medizinal-Assessor Apotheker Reimann, Kaufmann Wolff Kronthal.

— Die Zahl der Geistlichen, welche mit dem königlichen Kommissarius zur erzbischöflichen Vermögensverwaltung in amtlichen Verkehr tritt, muß doch wohl größer sein, wie ultramontanerseits zugegeben wird. Beweis hierfür sind zahlreiche Artikel im „Kuryer Poznański", in welchen auf das Eindringlichste vor solcher Handlungsweise gewarnt wird und den Abtrünnigen alle Strafen der Hölle vorgehalten werden. Diese Mahnungen scheinen jedoch noch wenig gefruchtet zu haben, denn in dem heutigen „Kuryer" wird in einer angeblichen Korrespondenz aus der Provinz allen Geistlichen und Laien als Pflicht aufgelegt, die Namen der mit den Kommissarien korrespondirenden Geistlichen öffentlich zu publiziren, damit alle wissen, wer ein Abtrünniger, ein Dieb (!) und nicht ein Hirt im Schafstalle Christi ist, — wer „des lieben Geldes wegen" den Grundprinzipien der Kirche untreu wird." Man sieht, die unterirdische Diözesanbehörde hat bereits wenig Vertrauen zu ihren Untergebenen, wenn sie zu solchen terroristischen Mitteln ihre Zuflucht nehmen muß.

— Unsere gnesener Korrespondenz im heutigen Mittagblatte enthielt bereits die Mittheilung von der verunglückten Demonstration für den aus dem Gefängniß in Bromberg nach Gnesen heimgekehrten Domherrn Wojciechowski. Ein Korrespondent des „Kuryer Poznański" bauscht natürlicher Weise diese Kundgebung zu einer herzrührenden Ovation auf, die von Neuem den Beweis geliefert hat, „daß gerade in dem Volke ein starkes Fundament steckt in Beziehung auf den Glauben, die Anhänglichkeit für die Kirche und ihre Rechte." In seiner Kurie wurde, wie der „Kuryer"-Korrespondent weiter mittheilt, der „hohe Bekenner" von den Vertretern des Metropolitan-Kapitels auf das Wärmste willkommen geheißen und ihm für seinen Beweis der Treue und des Heldenmuths Dank ausgesprochen.

— Ostdeutsche Produkten-Bank. Der Aufsichtsrath beabsichtigt, der bereits auf den 7. Dezember c. einberufenen außerordentlichen Generalversammlung eine vollständige Umgestaltung der Bank auf gesunder Basis vorzuschlagen und zwar durch Zusammenlegung einer den gegenwärtigen Vermögensverhältnissen der Bank entsprechenden Anzahl von Aktien und durch Aenderung der Firma, weil sich die Thätigkeit der Bank nur auf den Betrieb der beiden im Besitze derselben befindlichen Spritfabriken beschränken wird. Auf der Tagesordnung steht ferner der Antrag auf event. Beschlußfassung über die Liquidation der Gesellschaft für den Fall, daß obige Anträge nicht genehmigt werden sollten. Zur Beschlußfassung über beide Punkte gehört die Anwesenheit der Aktionäre von mindestens zwei Dritteln des ganzen Aktienkapitals in der betreffenden Generalversammlung im Interesse der Aktionäre empfiehlt es sich demnach dringend, daß eine große Anzahl von Aktien rechtzeitig zur Anmeldung gelangt, damit den gegenwärtigen in jeder Beziehung ungünstigen und unhaltbaren Zuständen ein Ende gemacht wird. Die Anmeldung hat zu geschehen vom 22. bis 30. November a. c. bei der Breslauer Diskontobank Friedenthal u. Co. in Breslau und bei der Ostdeutschen Bank und Ostdeutschen Produktenbank in Posen.

Im Polizeigewahrsam befanden sich am Montage 49 Verhaftete, eine ungewöhnlich hohe Zahl. Ein lüderliches Frauenzimmer, welches Sonntag Abends auf der Straße verhaftet und nach dem Polizeigefängniß gebracht wurde, starb in der Nacht darauf in Folge eines Schlaganfalls.

Diebstähle. Einem Mädchen riß am Sonnabend auf der Magazinstraße ein anderes etwa 14jähriges Mädchen 1 Thlr. 12 Sgr. aus der Hand und verschwand damit. — Ein Arbeiter, welcher auf

dem evangelischen Kirchhofe an der Halbdorfstraße einige Schilder von Grabdenkmälern losgerissen und entwendet hat, ist verhaftet worden. — Einem Kanonier wurde am 13. d. M. aus seinem Kasernenspinde eine silberne Zylinderuhr gestohlen.

XX **Fraustadt**, 21. Novbr. [Stadtverordnetensitzung.] In der vor Kurzem stattgehabten Sitzung der Stadtverordneten wurde der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten pro 1873/74 erstattet. Von bedeutendem Einflusse auf die Verwaltung der Stadt ist die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer. Der Ausfall an Kommunalzuschlag beträgt ca. 6000 Thlr. und wird vom 1. Januar 1875 ab durch direkte Abgaben aufgebracht werden müssen, welche bei der städtischen Einkommensteuer auf 150 pCt der gegenwärtigen Steuer, bei dem evangelischen Schulbeitrag auf 25 pCt. und bei dem katholischen Schulbeitrag auf 40 pCt. jährlich zu stehen kommen. Die an Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer tretende Klassensteuer ist im Laufe des Monats September veranlagt worden und beträgt 2781 Thlr., bedarf jedoch noch der Bestätigung der Regierung zu Posen. — Die hiesige Kommune hat Schritte gethan, den Erlaß eines Zuschusses zur Königl. Realschule zu erlangen, wurde aber von dem Königl. Provinzial-Schul-Kollegium abgewiesen, weil die finanzielle Lage der Stadt keineswegs so ungünstig sei, als behauptet worden. Diese Angelegenheit wird nunmehr bei dem Herrn Minister weiter verfolgt werden. Als eine fernere Schädigung der Stadt ist die Verlegung des Katasteramtes nach Lissa anzusehen. Die Bemühungen des Magistrats, dies zu hintertreiben, blieben erfolglos, führten aber doch wenigstens dahin, daß der Kataster-Inspektor, welcher im Juli jeden Jahres dem Minister zu berichten hat, sich erbot, bei diesem den Antrag zu stellen, daß, weil hier ein Grundbuchamt seinen Sitz hat, ein zweites Katasteramt für Fraustadt errichtet werde. — Die königliche Regierung verlangt neuerdings energisch die Verbesserung der Lehrergehälter, und zwar a., bei der evangelischen Schule mit folgenden Sätzen: Für den Rektor 585 Thlr., für den 1., 2. und 3. Lehrer mindestens 330 Thlr. und für die übrigen mindestens 300 Thlr. jährlich; b) bei der katholischen Schule für den ersten Lehrer 330 Thlr. und für die beiden anderen je 300 Thlr. jährlich. Es würden also jährlich 557 Thlr. mehr erforderlich sein. Dieselbe Behörde äußerte kürzlich dem Magistrat gegenüber den Wunsch, sämmtliche Elementarschulen in eine Simultanschulanstalt vereinigt und auf die Kämmereikasse der Stadt übernommen, so wie die erforderlichen Kosten lediglich aus städtischen Mitteln bestritten zu sehen. Dagegen lehnt sie jede Unterstützung zu Gehaltserhöhungen mit Entschiedenheit ab. Der Einrichtung einer Simultanschule stellen sich jedoch so erhebliche Bedenken entgegen, daß von einer direkten Anregung Abstand genommen wurde. — Das Kapitalvermögen unserer Stadt beträgt 79,100 Thlr., jedoch steht eine Vermehrung dieses Kapitals in Kürze durch die Einnahme von 5583 Thaler für im Kriege 1870/71 gewährte Quartierleistungen in Aussicht. Dem Vermögen der Stadt stehen 27,243 Thlr 10 Sgr Schulden entgegen. — Die Kämmereikassenrechnung pro 1873 schließt in Einnahme mit 31,743 Thlr. 15 Sgr. und in Ausgabe mit 29,501 Thlr. 26 Sgr. 9 Pf., folglich bleibt Bestand 2241 Thlr. 19 Sgr. 1 Pf. Anläßlich der bevorstehenden Erhebung der Klassensteuer ist das Kassenpersonal nicht im Stande, noch die Klassensteuer zu erheben, und hat dieserhalb der Magistrat einen besonderen Erheber und Exekutor anzustellen vorgeschlagen. Die Stadtverordneten-Versammlung ist jedoch anderer Meinung und verlangt, daß der Kämmerer zu diesem Geschäfte verpflichtet sei und die Tantième zur Kämmereikasse fließen müsse. Da aber der Kämmerer eine solche Verpflichtung bestreitet, so liegt dieser Fall der königl. Regierung zur Entscheidung vor.

—! **Neutomischel**, 21. Novbr. [Hopfengeschäft.] Im Hopfengeschäft herrschte auch heute wieder die größte Lebhaftigkeit. Von den hiesigen und den hier zahlreich sich aufhaltenden bairischen Händlern wurde Hopfen viel begehrt und mit einer gewissen Hast gehandelt. Der heutige Waarenumsatz war darum ein ganz bedeutender u. übertraf noch den der letzten Tage. Die Produzenten sehen recht hoffnungsvoll in die Zukunft, denn immer mehr bestätigen sich die von ihnen gehegten Erwartungen, daß man für das in so geringer Menge geerntete Produkt noch bedeutend höhere Preise als bisher bewilligen würde. Auch heute war wieder eine recht nennenswerthe Preissteigerung zu verzeichnen, denn man bewilligte für Hopfen bester Qualität u. Farbe 80–90 Thlr., für Mittelwaare 75–79 Thlr. und für Hopfen niedrigster Qualität 70–74 Thlr. für den Zentner. Noch immer ist auch viel Nachfrage nach Hopfen aus dem vorigen Jahre und nach solchem aus früheren Jahrgängen. Für vorjährige Waare zahlte man je nach der verschiedenen Güte des Produkts 32–45 Thlr. und für Hopfen aus früheren Jahrgängen je nach dem Alter desselben 6–22 Thlr. pro Zentner.

— ff — **Schokken**, 21. November. [Simultanschule.] Von Seiten der Regierung beabsichtigte man schon früher, hier eine Simultanschule zu errichten. Der Plan scheiterte jedoch an dem Widerstande der kath. Schulgemeinde. In Folge eines Reskriptes des Kultusministers sind die Verhandlungen dieserhalb wieder aufgenommen worden. Vor acht Tagen wurden von den drei hiesigen konfessionell geschiedenen Schulgemeinden je vier Repräsentanten gewählt, mit denen am letzten Mittwoch der Landrath des wongrowitzer Kreises verhandelte und von Seiten der evang. und israel. Repräsentanten williges Entgegenkommen fand. Die Repräsentanten der kathol. Gemeinde sprachen sich gegen eine Vereinigung aus. Ihr Wortführer der hiesige Propst (und Ex-Schulinspektor), bezeichnete die Simultanschule als religionslose Anstalt. Sollte es nicht gerathener sein das Prinzip zu verfolgen, die Gemeinden in dieser Hinsicht nicht erst zu hören, da es doch meistens nur Agitationen von gewisser Seite sind, die die Einrichtung von Simultanschulen an vielen Orten verhindern resp. verzögern?

Vermischtes.

* **Unser Landsmann** Otto Roquette (derselbe ist bekanntlich in Krotoschin geboren) der so lange geschwiegen, hat jetzt ein dramatisches Märchen in 5 Akten: „Der Rosengarten", vollendet und gelangt dasselbe in nächster Zeit bereits auf der Hofbühne zu Darmstadt zur ersten Aufführung.

Briefkasten.

S. in Klecko. Ihre Angaben über die Ursache des Todes des Pastors aus G.-G. können wir unter eigener Verantwortung nicht aufnehmen, wenn Sie selbst die Verantwortung übernehmen wollen, müssen wir um nähere Angaben über Ihre Person bitten.

S. in N. Ganz erwünscht.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 23. November. Die „Nationalzeitung" erfährt, in der gestrigen Sitzung des preußischen Staatsministeriums sei über die Modalitäten der Umwandlung der Preußischen Bank in eine Reichsbank verhandelt worden.

Paris, 23. November. Weiteren Nachrichten zufolge wählten die meisten Städte bei den Munizipalrathswahlen Republikaner, die Landgemeinden Konservative. Bei den Landgemeinden entschied die Rücksicht auf Gemeindeinteressen nicht die Parteistellung.

Offene Erklärung.

In den Bezirksversammlungen behufs Besprechung der vorzuschlagenden Kandidaten zu den Stadtverordnetenwahlen hat sich ein solcher Mißton gegen die Vorschläge des Wahlkomites geltend gemacht, daß bereits in zwei Bezirksversammlungen die vom Wahlkomite vorgeschlagenen Kandidaten durchgefallen und die vom Bürgerverein vorgeschlagenen Gegen-Kandidaten mit bedeutender Majorität aufgestellt worden sind. Dies läßt darauf schließen, daß das Wahlkomite nicht das richtige Verständniß für die Wünsche und die Stimmung in unserer Bürgerschaft und im Bürgerverein hat. Diese auffallende Erscheinung ist jedoch leicht zu erklären.

Der hiesige „Deutsche" Wahlverein wurde zur Zeit der letzten Reichstagswahl konstituirt und zugleich auf die Wahl zum Abgeordnetenhause und auf die Stadtverordnetenwahlen ausgedehnt. Damals war sich Niemand der großen Tragweite auch auf die Stadtverordnetenwahlen bewußt und ist dieses Bewußtsein nur erst unmittelbar vor diesen Wahlen in die Bürgerschaft eingetreten. Daher bildete sich der Bürgerverein, um auch seitens der Bürgerschaft diese so höchst wichtige Angelegenheit in die Hand zu nehmen. In Folge der Berathungen im Bürgerverein wurden in demselben Wünsche laut, auch seinerseits befähigte und beliebte Mitbürger den vom Wahlkomite aufgestellten Kandidaten gegenüberzustellen, und mit dem Wahlkomite eine Vereinbarung hinsichts der Wahlen zu ermöglichen.

Dies ist auch geschehen, indem vom Bürgerverein Deputationen an den Herrn Vorsitzenden des Wahlkomite's gesandt wurden. Das Resultat war kein erwünschtes, weil der Herr Vorsitzende zwar die Zusicherung gab, die vorgeschlagenen Kandidaten zu berücksichtigen, bis jetzt aber nicht Wort gehalten und keinen Kandidaten des Bürgervereins den Bezirksversammlungen präsentirt hat.

Ebenso wies er das Verlangen des Bürgervereins, mit dem Pleno des Wahlkomite's in gemeinschaftlicher Versammlung eine Vereinbarung zu versuchen, mit den Worten zurück: „Ich bin das Wahlkomite; ich habe Vollmacht!" Von diesem Momente ab datirt die Opposition und der Erfolg des Bürgervereins in zwei Bezirks-Versammlungen trotz der wiederholten Versicherungen der Herren Kommissarien in den Bezirksversammlungen, daß das Wahlkomite unter allen Umständen bei der aufgestellten Kandidatenliste stehen bleiben wird. Das Wahlkomite hat demnach die dargebotene versöhnende Hand zurückgewiesen und ganz und gar den am 17. d. M. in der von ihm ausgeschriebenen Volksversammlung zum Beschluß erhobenen Antrag übersehen, daß der Schwerpunkt zu den Stadtverordnetenwahlen in den — Bezirksversammlungen zu suchen sei. Der Antrag lautete nämlich dahin: „daß das Wahlkomite den Bezirksversammlungen Vorschläge hinsichts der Kandidaten machen sollte mit der ausdrücklichen Motivirung des Herrn Antragstellers, daß den Bezirken die Gelegenheit über die Annahme oder Ablehnung, resp. neue Vorschläge geboten würde." Das Wahlkomite hat diesen Beschluß ganz außer Augen gelassen und weiter nichts gethan, als oktroyirt und dadurch die Fackel der Zwietracht in die Wahlbewegung geworfen.

Ferner hat das Wahlkomite seine Auctorität dadurch zu erhöhen sich bestrebt, daß es dem Bürgerverein einen ganz ungerechtfertigten, nur aus einem Mißverständniß hervorgegangenen Vorwurf macht. Das Wahlkomite nämlich will den Bürgerverein dadurch verdächtigen, daß dieser in einer seiner Versammlungen den Antrag des Herrn Neuländer, auch polnische Mitbürger zu Kandidaten vorzuschlagen, durch das unterstützende Plaidiren des Herrn Kaufmanns Andersch mit geringer Majorität annahm. Der Verfasser dieses sprach gegen den Antrag und fand die Zustimmung aller anwesenden Deutschen, dennoch wurde der Antrag — wohl zur Ueberraschung der ganzen Versammlung, weil ungefähr sechs Polen mitstimmten, — angenommen. Hieraus ist dem Bürgerverein nicht der geringste Vorwurf zu machen, zumal diese Angelegenheit in einer spätern Vorstandssitzung des Bürgervereins sehr scharf diskutirt und nur aus dem einzigen Grunde die Aufstellung der beiden polnischen Kandidaten dem Wahlkomite unterbreitet wurde, weil der Antrag in der Bürgerversammlung durchgegangen war. Es wurde aber bei dem Wahlkomite ganz freie Hand gelassen, ob es die beiden Kandidaten annehmen, oder andere dafür substituiren wolle.

Weßhalb läßt nun das Wahlkomite, theils durch eigene Mitglieder, theils durch Andere so gern ins Feuer gehende Persönlichkeiten den Bürgerverein wegen polnischer Sympathien verdächtigen? Meint das Wahlkomite dadurch seine Kandidaten durchzubringen? Ich wende mich daher an Euch, Mitbürger, lasset Euch nicht irre führen, sondern thut das, was Ihr als Recht erkannt habt und wählet nach bestem Wissen und Gewissen! Seid einig in dem, was die Bezirksversammlungen beschlossen haben und noch beschließen werden!

Zu dieser persönlichen offenen Erklärung bin ich dadurch veranlaßt worden, daß bei Gelegenheit meiner Aufstellung zur Stadtverordnetenwahl in der III. Abtheilung IV. Bezirk am Sonnabend derselbe Einwand gemacht worden ist, daß ich dem Bürgerverein, welcher sich polnischer Sympathien befleißigt, angehöre. Meine Mitbürger wissen seit langer Zeit, daß ich ein deutscher Mann bin und auch den Muth habe, als solcher allen Entstellungen entgegenzutreten.

R. Gerlach.

Eingesandt.

Meseritz, 21. November. Im vorigen Jahre war die königl. Regierung zu Posen in der Lage den Volksschullehrern ihres Departements „einmalige Gehaltszulagen" zu gewähren. Auch die Lehrer an den Elementarschulen unserer Stadt wurden mit solchen Zulagen bedacht, die ihnen im November v. J. ausgezahlt wurden. Es läßt sich leicht ermessen, daß eine derartige Anordnung der königl. Regierung von Seiten der Lehrerschaft mit lebhafter Freude begrüßt wurde, man glaubte hieraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß diese Einrichtung, ähnlich wie bei den Gerichts-Subalternbeamten, eine permanente sein würde. Bis jetzt warten indeß die Lehrer vergeblich auf die „zweite Auflage" der vorjährigen Edition. Wir wissen zwar nicht, ob die der königl. Regierung überwiesenen Gelder in diesem Jahre vollständig absorbirt sind, so daß eine abermalige Gewährung einer einmaligen Zulage nicht möglich ist; indeß will es uns scheinen, daß eine Veröffentlichung über die Verwendung resp. Vertheilung der Gelder Seitens der königl. Regierung viel zur Beruhigung in Lehrerkreisen beitragen würde.

Σ

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen

am 25. November 1874, Nachmittags 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung:

1) Betreffend die Ablösung der den geistlichen Instituten zustehenden Realberechtigungen.
2) Betreffend die zinsbare Belegung des aus dem Reichs-Invalidenfond entnommenen Darlehns.
3) Antrag des Eigenthümers Knipfer betreffend die Festsetzung der Fluchtlinie vor seinem Grundstücke in der Kleinen Ritterstraße.
4) Entlastung der Armenkassen-Rechnung pro 1869.
5) Niederlassung des Fuhrmanns Jakob Tasselkraut.
6) Entlastung der Gasanstalts-Rechnung pro 1871/72.
7) Bewilligung der Kosten zur Aufstellung eines Gas-Kandelabers auf dem Platze vor dem Grundstücke Berlinerstraße 27 und Bewilligung der hierzu erforderlichen Beleuchtungskosten für 2 Laternen.
8) Besetzung der Stadt-Inspektor-Stelle.
9) Betreffend den Neubau der Wallischeibrücke.
10) Entlastung der Theater-Rechnung pro 1873.
11) Persönliche Angelegenheiten.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Góreczyn** unter Nr. 56 belegene, den **Wojciech und Elisabeth** geb. Deyerling **Kocikowskischen Eheleuten** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 5 Hektaren 57 Aren 60 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 25 Thlr. 12 Sgr. 3⅔ Pf. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Dienstag,
den 9. Februar 1875,
Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Gerichts, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 7. November 1874.

Königliches Kreisgericht
Der Subhastations-Richter.
gez. **Keyl.**

Bekanntmachung.

Das Ziegler-Wohn-Etablissement nebst zugehörigem Acker- und Gartenland auf der königl. Ziegelei bei Rattay soll auf drei Jahre vom

1. Januar 1875 ab

verpachtet werden, wozu ein Termin

auf Donnerstag,
den 3. Dezbr. 1874,
Vormittags 10 Uhr,

im Büreau der Festungs-Baudirektion, Kanonenplatz Nr. 1, hiermit angesetzt wird. Die Verpachtungs-Bedingungen sind inzwischen im Büreau der Festungs-Bau-Direktion, während der Dienststunden, einzusehen.

Posen, den 21. November 1874.

Königliche Festungs-Bau-Direktion.

Bekanntmachung.

Ostrowo, den 17. November 1874.

Die Chausseegeld-Hebestelle zu Klein-Topola auf der Provinzial-Chaussee von Ostrowo nach Adelnau soll vom 1. April k. J. ab auf ein Jahr unter der Bedingung verpachtet werden, daß, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf des Pachtjahres von einem der kontrahirenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältniß auf ein ferneres Jahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird.

Hierzu habe ich einen Termin auf

den 17. Dezember cr.,
10 Uhr Vormittags,

hier angesetzt, zu welchem ich Pachtlustige mit der Bemerkung einlade, daß zum Bieten nur solche Personen zugelassen werden, welche als dispositionsfähig hier schon bekannt sind, oder ihre Dispositionsfähigkeit durch amtliche Bescheinigung nachweisen und eine Bietungskaution von 150 Thlr. bestellen. Die Pachtbedingungen sind in meinem Bureau einzusehen.

Der Landrath.
v. Dallwitz.

Handels-Register.

In unser Handelsregister zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft ist unter Nr. 418 zufolge Verfügung vom 16. November 1874 heute eingetragen, daß der Kaufmann **Bronisław v. Drwęski**, früher in Starkowice, jetzt in Posen wohnhaft für seine Ehe mit **Bronisława v. Drwęska** durch Vertrag de dato Schroda, den 2. November 1867 die Gütergemeinschaft ausgeschlossen hat, und hat sich Letztere die Verwaltung des Eingebrachten und der Einkünfte desselben, sowie des Erwerbes und die ausschließliche Verfügung darüber vorbehalten.

Posen, den 17. November 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

Ostrowo, den 17. November 1874.

Die Chausseegeld-Hebestelle zu Glisnica auf der Provinzial-Chaussee von Adelnau nach Sulmierzyce soll vom 1. April k. J. ab auf ein Jahr unter der Bedingung verpachtet werden, daß, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf des Pachtjahres von einem der kontrahirenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältniß auf ein ferneres Jahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird.

Hierzu habe ich einen Termin auf

den 17. Dezember cr.,
Vormittags 11 Uhr,

hier anberaumt, zu welchem ich Pachtlustige mit der Bemerkung einlade, daß zum Bieten nur solche Personen zugelassen werden, welche als dispositionsfähig hier schon bekannt sind, oder ihre Dispositionsfähigkeit durch amtliche Bescheinigung nachweisen und eine Bietungskaution von 100 Thlr. bestellen. Die Pachtbedingungen sind in meiner Registratur einzusehen.

Der Landrath.
v. Dallwitz.

Verpachtung.

Die zur Herrschaft **Filehne** gehörigen Vorwerke

Selchow und Gerrin

sollen Einzeln von Johanni 1875 bis dahin 1893 verpachtet werden.

Es gehören:

a. zu Selchow 1556 Morgen 70 Quadr.-Ruthen Acker und 308 Morgen 144 Quadr.-Ruthen Wiesen,
b. zu Gerrin 588 Morgen Acker, 180 Morgen Wiesen.

Die Bedingungen sind bei dem Rendanten **Krüger** zu Schloß Filehne einzusehen, auch gegen Erstattung der Kopialien zu erhalten. Die **Besichtigung jeder Zeit gestattet.**

Bekanntmachung.

Auf Anordnung der Königlichen Regierung zu Posen, soll die auf der Schrimm-Santomysler Provinzial-Chaussee belegene Hebestelle **Mechlin**

vom 1. April 1875 ab

auf 1 Jahr unter der Bedingung an den Meistbietenden verpachtet werden, daß, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf der Pachtzeit von einem der kontrahirenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältniß auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird.

Zu diesem Zwecke habe ich auf:

Dienstag,
den 15. Dezbr. d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

in meinem Bureau hierselbst einen Lizitations-Termin anberaumt, zu welchem ich Pachtlustige hiermit einlade.

Nur dispositionsfähige Personen, welche mir als solche bekannt, oder welche ihre Dispositionsfähigkeit gehörig nachzuweisen im Stande sind, und welche vor dem Termine eine Bietungs-Kaution im Betrage von 50 Thalern baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der Königl. Kreiskasse hierselbst deponirt haben, werden als Bieter zugelassen.

Die Lizitations-, Pacht- und Kontraktsbedingungen können täglich während der Dienststunden in meinem Bureau eingesehen werden.

Schrimm, den 14. November 1874.

Der Königliche Landrath.

Auktion.

Im Auftrage des Königlichen Kreis-Gerichts werde ich **Freitag den 27. Nov. d. J.**, Vormitt. 10 Uhr, hierselbst

1 halbbedeckten Wagen, verschiedene Möbel und Kleidungsstücke

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Schroda, den 20. Novbr. 1874.

Schroeder, Auktions-Kommissar.

Ediktalcitation.

Die etwaigen Inhaber der als verloren bei uns angemeldeten Pfandbriefe des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen

Ser. I. Nr. 5822 über 1000 Thlr.
Ser. V. Nr. 310 u. 1130 über je 500 Thlr. und
Ser. VI. Nr. 6019 über 1000 Thlr.

werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens bis zum

15. August 1875

bei uns zu melden, oder die gänzliche Amortisation der gedachten Pfandbriefe zu gewärtigen.

Posen, den 18. September 1874.

Königliche Direktion des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.



Ostdeutsch-Rheinischer Verband.

Unter Bezugnahme auf die diesseitige Bekanntmachung vom 15. September c. wird hierdurch zur Kenntniß gebracht, daß im vorbezeichneten Verband die Frachtsätze nach Niederländischen Stationen bis auf Weiteres noch in Kraft bleiben.

Guben, den 19. November 1874.

Der Special-Director der Märk.-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.

(Beilage.)

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung der Chausseegeld-Hebestelle zu **Ptaszkowo** auf der Stenschewo-Züllichauer Provinzial-Chaussee habe ich im Auftrage der Königlichen Regierung einen Licitations-Termin auf

Dienstag d. 22. December d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

in meinem Bureau hierselbst anberaumt, zu welchem ich Pachtlustige hiermit einlade.

Die Verpachtung erfolgt unter Vorbehalt der Zuschlagsertheilung durch die Königliche Regierung in Posen vom 1. April 1875 ab auf ein Jahr unter der Bedingung, daß, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf des Pachtjahres von einem der contrahirenden Theile Kündigung erfolgt, das Pachtverhältniß auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird.

Nur dispositionsfähige Personen, welche eine Caution von 100 Thlr. baar oder in annehmbaren Papieren, wovon Cautionsscheine ausgeschlossen sind, hinterlegen, werden zum Bieten zugelassen und müssen von Person unbekannte Bieter sich über ihre Person und Dispositionsfähigkeit durch ein Attest ihrer Ortsbehörde legitimiren.

Die Licitation wird am Terminstage punkt 12 Uhr Mittags geschlossen und werden von da ab Bieter nicht mehr zugelassen.

Die übrigen Licitations- und Pacht-Bedingungen können in meinem Bureau während der Dienststunden eingesehen werden.

Neutomischel, den 18. Nov. 1874.

Königlicher Landrath.



Deutsche Reichs- und Continental-Eisenbahn-Baugesellschaft.

Bauunternehmung Posen-Creuzburg.

Die Erbauung der doppelten Wärterwohnhäuser mit Stallung zwischen Schroda und Jarocin Stat. 1332 bis 1662 soll im Wege öffentlicher Submission vergeben werden.

Zur Eröffnung der portofrei, versiegelt und mit der Aufschrift:

Submission auf die Erbauung doppelter Wärterwohnhäuser der Bahnstrecke Posen-Creuzburg

versehenen, hierher einzureichenden Offerten, welche in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten geschieht, ist Termin am

Donnerstag, den 3. Dezember 1874,
Vormittags 11 Uhr,

auf dem Bureau des Unterzeichneten anberaumt, woselbst die Bedingungen einzusehen, event. gegen Erstattung der Kopialien, zu beziehen sind.

Die Offerten sind bis zu genanntem Termin einzureichen, da später eingehende unberücksichtigt bleiben.

Neustadt a. W. d. 20. Novbr. 1874.

Der Baumeister.

Bekanntmachung

Im Auftrage der Königl. Regierung werde ich in meinem Amtslokal, Berlinerstr. 34, 2 Treppen,

am Montag, den 7. Dezember d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

die Chausseegelderhebung der Hebestelle **Nadolnik** auf der Posen-Bromberger Chaussee an den Meistbietenden unter Vorbehalt des höheren Zuschlages auf 1 Jahr

vom 1. April k. J.

ab unter der Bedingung verpachtn, daß, wenn nicht drei Monate vor Ablauf des Pachtjahres von einem der kontrahirenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältniß auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird; zu diesem Termine werden Pachtlustige eingeladen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher eine Kaution von 100 Thalern deponiren, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können in der landräthlichen Registratur während der Dienststunden eingesehen werden.

Posen, den 13. November 1874.

Der Königl. Landrath.

Konkurs-Eröffnung.

Königl. Kreisgericht zu Gnesen, I. Abtheilung.

den 20. Nov. 1874, Nachmitt. 6 Uhr.

Ueber das Vermögen der Sattlermeister **Carl** und **Anna Auguste Conrad**'schen Eheleute hierselbst ist der kaufmännische Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 16. d. Mts. festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann **Otto Schlarbaum** hier bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 4. December c.,
Vormittags 11 Uhr,

in unserm Instruktionszimmer vor dem Kommissar Kreisrichter Herrn Busse anberaumten Termin die Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum

15. Decbr. c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

15. Decbr. c. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen, innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen

auf den 21. December c.,
Vormittags 11 Uhr,

in unserm Instruktionszimmer vor dem Kommissar Kreisrichter Herrn Busse zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts-Anwälte **Ellerbeck**, **Hertzler**, **Kellermann**, **Meinhardt** und **Sauer** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Die hiesige Polizeidienerstelle

ist sofort anderweitig zu besetzen. Einkommen jährlich vorläufig 108 Thlr. freie Wohnung mit Gemüsegarten und die Exekutions- und Botengebühren ca. 40 Thlr.

Bewerber wollen sich direkt melden beim Unterzeichneten.

Neustadt a. W., 19. Novbr. 1874.

Der Magistrat.
Lange.

Gerichtliche Auktion.

Mittwoch, den 25. d., früh von 9 Uhr ab, werde ich im Auktions-Lokale, St. Adalbert Nr. 50,

verschiedene Nachlaßsachen, als Möbels, Betten, Kleidungsstücke ꝛc.

gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Zindler,
Königl. gerichtl. Auktionskommissarius

Hotel-Verkauf!

Sehr frequent, das feinste und bereits alleinige in einer belebten Kreis- und Garnisonstadt, verbunden mit Weinhandlung und Konditorei, 2 Gastzimmer, Billardzimmer, Speisesaal, 12 Fremdenzimmer und Gesellschaftssaal, Konzertgarten mit Winterkegelbahn, für 60 Pferde Stallung, durchgehend massiv gebaut, in bestem Zustande. Forderung 42,000 Thlr. Anzahlung 15,000 Thlr. Uebernahme nach Belieben des Käufers. Nur Selbstkäufern Näheres unter H. L. W. poste restante **Görlitz.**

Mein **Hotel** ist sofort unter günstigen Bedingungen zu verpachten.

Bruno Arndt,
Schubin.

Eichenrindeverkauf pro 1875,

in den Königlichen Oberförstereien Ludwigsberg, Mauche und Buchwerder, Regierungs-Bezirk Posen.

Es gelangen:

I. in der Kgl. Oberförsterei Mauche, von ca. 120 bis 160 Jahren alten Stämmen ca. 30 Raummeter Eichenrinde im Termine am 13. Januar 1875, Nachmittags 2 Uhr, im Geschäftszimmer der Oberförsterei Mauche bei Altkloster (3 Meilen von Fraustadt und 1½ Meile von Wollstein) durch den Lizitations-Kommissarius, Oberförster Roerig,

II. in der Kgl. Oberförsterei Buchwerder, Schutzbezirk Seelhorst, Schläge 21 und 22, ca. 550 Zentner Spiegelrinde von 20 bis 30-jährigen Eichen-Stockausschlägen im Termin am 14. Januar 1875, Vormittags 11 Uhr, im Geschäftszimmer der Oberförsterei Buchwerder (an der Pinne-Tirschtiegler Chaussee, ca. 1 Meile von Neustadt b. Pinne und 1 Meile vom Bahnhof Neutomischel der Märkisch-Posener Bahn) durch den Lizitations-Kommissarius, Oberförster Schäfer und

III. in der Kgl. Oberförsterei Ludwigsberg VIII., Schutzbezirk Lohhecken, 1200 Zentner Eichen-Sgiegelrinde von 30 bis 35jährigen Stockausschlägen, den 15. Januar 1875, Morgens 9 Uhr, im Lokale der Kgl. Forstkasse zu Moschin durch den Lizitations-Kommissarius, Oberförster Krüger;

zur öffentlich meistbietenden Versteigerung. Die betreffenden Forstschutzbeamten sind angewiesen, die zu schälenden Bestände auf Verlangen vorzuzeigen. Die Verkaufsbedingungen werden in den Terminen bekannt gemacht werden.

Posen, den 11. November 1874.

Königl. Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen u. Forsten.
Bergenroth.

Möbel-Auktion.

Mittwoch, den 25. von 9 Uhr ab, werde ich Sapiehaplatz Nr. 6 verschiedene **Möbel** als: 1 Plüschgarnitur, 2 Bettstellen mit Federmatratzen, Sophas, Tische, Stühle Spiegel, Kommoden, Teppiche Pelze Alfenid und andere Gegenstände und Nachmittag von 3 Uhr ab werde ich im Auftrage eines auswärtigen Hauses 20 Mill gute Cigarren und 500 Flaschen verschiedene Weine und Liqueure gegen baare Zahlnug versteigern.

Katz Auktionskommissarius.

Ein 12 Morgen **großer Garten,** 20 bis 30 Zoll Humus, mit zwei Häusern, in der Nähe einer Stadt und eines Bahnhofes soll aus freier Hand verkauft werden. Näheres durch **A. Salfeld, Gałązki bei Radenz.**

In 3–4 Tagen wird **Syphilis, Geschlechts-** und **Hautkrankh.** ohne Quecksilber u. unter Garantie gründl. geheilt. Spec.-Arzt Dr Meyer, Berlin, Taubenstr. 36 Auswärt. brieflich.

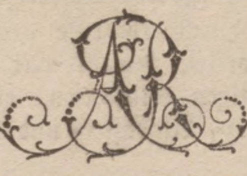
Geschlechts-krankheiten,
Hautkr, Schwächezustände Syphilis und deren Folgen werden stets mit sicherem Erfolge brieflich geheilt.
Berlin Prinzenstrasse 62.
Auf Wunsch finden Kranke Aufnahme

Zahnarzt
St. Kasprowicz.
In Posen Sprechstunden alle Tage von 9–12 und von 3–6 mit Ausnahme von Sonntagen.
In Gnesen jeden Sonntag von 2–6. Andere Tage werde ich von meinem in Gnesen Wilhelmstr. 51 wohnenden Assistenten vertreten.
Künstliche Zähne auf Gold und Kautschuck mit Luftdruck. Plombiren nach neuesten Methoden.

Monogramme



auf Briefbogen und Couverts in den geschmackvollsten Dessins hält als



passende Festgeschenke

bestens empfohlen
die Hofbuchdruckerei W. Decker & Comp.

Die Herren Aktionäre unser Gesellschaft werden hierdurch zu einer

außerordentlichen Generalversammlung
auf Montag, den 7. Dezember a. c.
1 Uhr Mittags
in Mylius' Hôtel

hierselbst ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

I. Bericht über die Geschäftslage.
II. Anträge des Aufsichtsraths:
1. Beschlußfassung über die Reduktion des Aktienkapitals.
2. Beschlußfassung über Aenderung des gesammten Statuts.
III. Eventuell, falls die Anträge ad II verworfen werden sollten, Beschlußfassung über die Liquidation der Gesellschaft und Wahl der Liquidatoren.

Zur Beschlußfassung über die Anträge ad II u. III ist es nach § 35 unseres Statuts nothwendig, **daß zwei Dritttheile des ausgegebenen Aktienkapitals vertreten sind.** Wir ersuchen deshalb die Aktionaire unserer Bank **dringend,** ihre Aktien rechtzeitig zur Anmeldung und Deposition zu bringen. Je fünf Aktien geben das Recht auf eine Stimme, abwesende Aktionaire können sich durch andere Aktionaire auf Grund schriftlicher Vollmacht vertreten lassen. Diejenigen Aktionaire, welche sich an der Generalversammlung betheiligen wollen, haben ihre Aktien mit einem doppelten Nummernverzeichniß und außerdem, wenn sie nicht persönlich erscheinen, die Vollmachten für ihre Vertreter

spätestens bis zum 30. c., Abends 6 Uhr

bei der **Breslauer Disconto-Bank, Friedenthal & Comp., Breslau,**
" " **Ostdeutschen Bank** hierselbst, Wilhelmsstr. 26,
" " **Unserer Casse** hierselbst, Kl. Gerberstr. 2.

zu deponiren, wogegen sie sofort die Legitimationskarten zum Eintritt erhalten. Das mit dem Stempel der Annahme Stelle und einem Vermerke über die Stimmenzahl zu versehende Duplikat des Verzeichnisses wird als Quittung zurückgegeben und muß bei der Rücknahme der deponirten Aktien, die bereits vom 8. Dezember c. erfolgen kann, zurückgestellt werden.

Posen, den 20. November 1874.

Der Aufsichtsrath der Ostdeutschen Produkten-Bank.
Mehring,
Vorsitzender.

Nous engageons les **Dames** à ne faire ancun achat pour leurs **Robes** et **Costumes d'hiver** avant d'avoir demandé la riche collection d'*Echantillons* de véritable **Cachemire de l'Inde,** *Drap du Thibet, Rampoor, Vigogne* en uni toutes nuances, à l'*Entrepôt général* **à la Compagnie des Indes,** 42, rue de Grenelle-Saint-Germain, **Paris.** Envoi d'*Échantillons* port payé.

! ! ! Bitte nicht zu übersehen ! ! !

Den Herren Billardbesitzern von Posen und Umgegend erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich Mittwoch, den 25. c. M. in Posen mit **einem Transport neuer Billards** eintreffe.

Dieselben sind nach neuester **Construktion** mit eleganter Ausstattung sowie mit echten **Paara-Gummi-** und **Mantinell-Feder-Banden** dauerhaft gearbeitet und offerire solche zu soliden Preisen

Die Niederlage der Billards befindet sich beim **Drechsler und Schirmfabrikanten Herrn**

Caesar Mann

in **Posen, Friedrichsstraße 10,** im **Hause Telegraphen-Bureau,** und bitte gleichzeitig alle Bestellungen und Briefe an mich demselben zu übergeben.

Hochachtungsvoll
J. Paatsch, Billardfabrikant aus Liegnitz.

Spezial-Arzt Dr. Meyer, Berlin, heilt Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheiten in d. kürzesten Frist u. garantirt selbst in den hartnäckigsten Fällen für gründliche Heilung. Sprechst. Leipzigerstr. 91 von 8–1 und 4–7 Uhr. Auswärtige brieflich.

Schwindsucht heilbar.

In meiner Jugend von dieser fürchterlichen Krankheit geheilt, habe ich nach 45 Jahren dieses bekannt gemacht und seit der Zeit die schönsten Resultate und die herzlichsten Danksagungen erzielt; ich bitte daher alle Brustleidenden, sich vertrauensvoll an mich zu wenden. (H. 23502.)

A. Freytag,
Gutsbesitzer in **Bromberg.**

Ein j. Mann s. b. anst. Fam. Pension. Off. post. rest. R. K. u. Chiff. 18.

Holz-Verkauf.

Montag, den 30. November c., Vormittags 10 Uhr, findet im Gasthof des Herrn **Knothe** zu **Bojanowo** ein öffentlicher Verkauf von circa 70 Morgen Kiefer- und Eichen-Hochwald aus dem zum Dominium **Baersdorf** gehörigen Forste statt.

Die speziellen Verkaufsbedingungen sowie die Taxe sind bei Herrn Bürgermeister **Kolisch** in **Bojanowo** einzusehen.

Trachenberg, 16. Novbr. 1874.

Fürstl. **von Hatzfeldt**'sches Cameral-Amt.

50 Schachtruthen gesprengte Feldsteine, unmittelbar an der Chaussee gelegen, hat Dominium **Plawce** bei **Wengierskie** zum Verkauf.

Hirse

rohe ca. 130 Ctr. offerirt preiswürdig

S. A. Krueger.

12 Ctr. 72ger Hopfen hat **J. K. Grocholski** in Pudewitz zu verkaufen.



Stammschäferei Güttmannsdorf ½ Meile vom Bahnhof Reichenbach i. Schles.

Der Bockverkauf hat am 24. Oktober begonnen. Schurgewicht über 4 Ctr.; Preise zeitgemäß. Gesundheit u. Sprungfähigkeit wird garantirt.

von Eichborn.



200 kernfette **Mastschafe** verkauft Dom. **Pawłowo** bei Kyszkowo.

S. Knopf,
empfiehlt sein großes
Handschuh-Lager
Schloßstraße 4.
Eck-Laden.

Zu bevorstehendem **Weihnachts-Feste** empfehle eine große Partie zurückgesetzter

Herren-Garderobe,

die ich zu **Einkaufspreisen** verkaufe und die sich sowohl durch schöne Stoffe wie elegante Façon und dauerhafte Arbeit auszeichnen

C. Ehlert,
Wilhelmsstraße 21.
Mylius' Hotel

Zur ersten Klasse 151 Preuß. Lotterie

kauft Original-Loose ¼ à 9 Thlr., ½ oder ¼ (von einer Nummer) à 40 Thaler. [D. 7833.]

Aug. Fröse, Danzig.

Tabletts.

Elegante Englische Tabletts zu Spottpreisen.

S. Knopf.
Eck-Laden.

Kalte Füße heißt Tod, Warme Füße heißt Leben.

Das Beste um dauernd warme und trockene Füße zu erhalten sind Schuhe und Stefel mit Holzsohlen. Nur allein zu haben bei

Mannheim Wolffsohn
Posen, Kränzelgasse.

Wiener Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel jeder Art empfiehlt billigst

A. Apolant,
Neue Straße.

Auswärtige Bestellungen und Reparaturen werden prompt effektuirt.

Regenschirme
eigener Fabrik empfiehlt billigst

A. Apolant,
Neue Straße.

Reparaturen werden schnellstens besorgt.

Wegen Aufgabe des Geschäftes gänzlicher Ausverkauf sämmtlicher Artikel, als:

Paletots von 5 Thlr. an, Costüme, Burnusse etc.

zu sehr billigen Preisen.

Johanna Slomowska,
Wilhelmsstr. 24.



Gnensch's
Chem. Garderoben-Reinigungs- & Renovirungs-Anstalt.
Posen, Wilhelmsstr. 16, nahe der St. Martin-Kirche.

Eine gute **Guitarre** wird zu kaufen gesucht. Offerten unter H. S. in der Expedition dieser Zeitung.

Ein feuerfestes, vorzüglich gearbeitetes **Geldspind** aus der Fabrik des Kunstschlossers Kohlisch in Stettin steht preswürdig zum Verkauf bei

L. Kurnatowski & Co.

Wagen-Verkauf.

Ein elegantes 2sitziges Coupee, Preis 350 Thlr., ein 6- auch 8sitziges Braeck, Preis 210 Thlr., ein Americain mit Sprossensitz, leicht und elegant, Preis 210 Thlr, sowie offene und Fensterwagen, zweispännig, stehen zum Verkauf in

C. Reimann's
Wagenbau-Anstalt, Gr. Waltersdorf b. Bolkenhain in Schlesien.

Badewannen

in allen Größen, **roh** und **lackirt,** auch für Wasserleitungen eingerichtet, bei

H. Klug,
Breslauerstraße 38.

Die Kaiserl und Königl.

Hof - Chokoladen-Fabrik
von Gebrüder Stollwerck

in Cöln übergab den Verkauf ihrer vorzüglichen Fabrikate in Posen den Herren A. Kunkel jun, Gebrüder Kreyn, A. Cichowicz Nachfolger, L. Kletschoff jun., Sam. Kantorowicz jr. und Conditor J. Cichowicz, in Ostrowo Hrn. E. Frieboes.

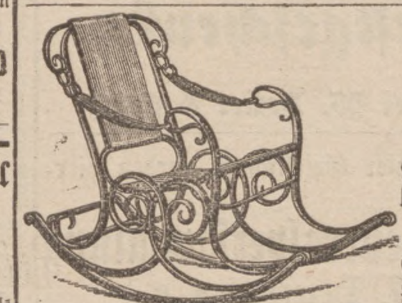
Die Tapisserie-Waaren-Manufactur

von

A. Schoeneich,

Friedrichsstraße 30, vis-a-vis der Landschaft,

ist durch erhaltene große Zusendungen auf's Reichhaltigste assortirt, sowohl mit den elegantesten angefangenen und fertigen Stickereien, einer großen Auswahl feiner Leder-, Holz-, Alabaster- und Korbwaaren, wie auch geschmackvoller Wollsachen.



Zu

Weihnachts-Geschenken

passend.

Möbel aus massiv gebogenem Holze, als: **Schaukelstühle, Fauteuils, Kindermöbel,** außerdem einfache gebogene Stühle für Restaurationen empfehlen

S. Kronthal & Söhne,
Posen.

Geräuschlose Ventilatoren

von C. Schiele, Ingenieur, (H 74039)

12, Neue Mainzerstraße, Frankfurt a. M.,

zum Blasen von Feuern, Schmelzen von Eisen, Kupfer, zum Ventiliren von Fabrikräumen, Gährkellern, zum Trocknen, zum Kühlen u. s. w. von 6—120 Thlr.

Frachtbrief-Formulare,

nach den neuen Bestimmungen angefertigt und mit dem Stempel der Oberschlesischen Eisenbahn versehen, sind stets vorräthig und werden

100 Stück ohne Firma à 10 Sgr.,
100 Stück **mit Firma, Signatur** ꝛc. à 12½ Sgr.

abgegeben in der

Hofbuchdruckerei W. Decker & Comp.

(Licht-Offerte.)
Einige Centner sehr schöne weiße

Talglichter

8er, sind im Ganzen oder getheilt billigst abzugeben von

R. L. Menzel,
Neusalz a. O. Bahnstation.

Weintrauben! Die bel. ungar. süßen Kur- und Tafel-Weintrauben empfing **Kletschoff,** Krämerstr. 1.

Frische fette **Kieler Sprotten** 8 Sgr. pro Pfd., **frisches Gänseschmalz** 14 Sgr. pro Pfd. empfehlen

W. F. Meyer & Co.

Soeben empfing direct aus Tirol weisse, rothe und blutrothe Rosmarin-, Maschanzger, Calvill-, Taffet- und Gold - Reinetten - Aepfel sowie Citronen und Carabellbirnen, vorzügliche Ital. Maronen, Spanische Weintrauben u. Algierer Granat-Aepfel zu billigsten Preisen.

A. Cichowicz.

Frischen See-Dorsch
empfangen

W. F. Meyer & Co.

Neuen Astrachaner Caviar

empfiehlt zu Originalpreisen

Friedrich Schulz,
Thorn.

Depot von B. Miedwiednikow in Astrachan und Moskau.

Loose
der
Cölner Dombau-Lotterie

Hauptgewinn:
25,000 Thlr.,

sind à 1 Thlr. in der Exped. der Posener Ztg. zu haben.

Gsellius'sche Buchhandlung
Berlin C.

Soeben erschienen!

Der Weihnachts-Katalog
31. Jahrgang 31.
und der
Katalog der Jugendschriften und Volksbücher

christlicher Romane und Erzählungen. Ausgabe **gratis!** Zusendung **franco.**

Diese Zusammenstellungen enthalten die Hauptwerke der Literatur älterer u. neuerer Zeit, nach den einzelnen Disziplinen geordnet mit Angabe der Beschaffenheit nach Ausstattung, Ausgabe, Einband und den

notorisch billigen Preisen

und sind deshalb ein zuverlässiger, bequemer Führer bei Wahl und Kauf guter Bücher. Das etwa 800,000 Bände enthaltende Lager ermöglicht prompte Lieferung, doch ist im Interesse der verehrlichen Käufer mit Rücksicht auf die Geschäftsanhäufung zur Weihnachtszeit **frühzeitige** Bestellung zweckmäßig.

51. Gsellius, Kurstraße 51.

Breslauerstraße 9

eine Wohnung von 5 Zimmern in der 1. Etage sofort zu vermiethen.

Ein möbl. Zim. ist vom 1. Dez. ab Bäckerstr. 13c. im Odeum part. z. verm.

Zwei oder ein elegant möblirtes Zimmer, auf Verlangen auch mit Betten, billig zu vermiethen Wilhelmsplatz Nr. 8, 3. Etage, Fenster nach vorn. Zu erfragen in demselben Hause in der Restauration.

Bäckerstr. 18 4 Stuben, Küche und Zubehör, event. auch Stallung, 1. Etage zu vermiethen.

Ein freundl. möbl. Parterre-Zimmer mit Beheizung ist St. Adalbert Nr. 49 zu vermiethen.

St. Adalbert 37 ist eine anständige **Schlafstelle** für Herren zu vermiethen, links die letzte Thür part.

Breitestraße 19, 1 Treppe, vornheraus, ist eine **Stube** nebst Küche mit oder ohne Möbel zu vermiethen.

Breslauerstr. 2 ist ein freundliches möblirtes Zimmer mit auch ohne Bett vom 1. Dezember ab zu vermiethen.

Halbdorfstraße 36 sind 2 feine Zimmer mit od. ohne Möbel sof. od. z. 1. Dezember zu verm.

Verh. u. unverh. polnisch sprechende **Wirthschaftsbeamte,** vorzüglich empfohlen, weist stets nach Stübenrath, Breslau, Nikolaistraße 26.

Wirthschafts- und **Forstbeamte, Leib-** und **Hilfsjäger,** herrschaftliche **Diener, Kutscher** und **Gärtner** erhalten gute Stellung durch **Stübenrath,** Breslau, Nicolaistr. 26.

Sandstraße 8 sind möbl. Parterrezimmer nebst Zubehör zu verm.

Ein Parterre-Speicher dicht am Getreidemarkt ist sofort zu vermiethen. Näheres in der Annoncen-Exped. von G. L. Daube u. Co., Wasserstr. 28.

Eine evang. musikalische **Erzieherin** für zwei Mädchen im Alter von 7 und 13 Jahren wird zu Neujahr gesucht. Adr. unter O. S. I. in der Expd. d. Ztg.

Ein verheirath. **Forstbeamter,** der polnischen Sprache mächtig, mit vorzüglichen Empfehlungen versehen, sucht Stellung durch Stübenrath, Breslau, Nikolaistr. 26.

Eine tüchtige, gut empfohlene

deutsche Wirthin,

die zugleich die feine Küche versteht, sucht gegen hohes Gehalt zu Neujahr 1875

das Dom. **Lubosch**
bei Pinne.

Ein deutscher zuverlässiger unverheiratheter Wirthschaftsbeamter, der auch polnisch spricht, findet vom 1. Januar 1875 ein Engagement in **Chlebowo** bei Klecko. Gehalt nach Uebereinkunft. Persönliche Vorstellung erforderlich.

Eine evang. **Erzieherin,** die auch Musikunterricht ertheilt, suche ich von Neujahr ab für meine 3 Töchter von 9 bis 13 Jahren. Gehalt 120 Thlr.

Morgenstern,
Ryszewo per Gościeszyn.

Die Hofverwalterstelle **Dom. Labiszynek** ist besetzt.

Dominium Lehfelde bei Wollstein sucht zum 1. Januar einen **Wirthschaftsschreiber** bei 80 Thlr. Gehalt nebst freier Station.

Das Dominium **Witkowice** bei **Bythin** sucht zum 1. Januar 1875 einen evangel. der polnischen Sprache mächtigen Gärtner. Gehalt 70 Thlr.

Ein Lehrling

mit schöner Handschrift wird gesucht von

Moritz Eichborn & Co.

Ein tüchtiger gewandter **Colporteur** wird bei hoher Provision sofort zu engagiren gewünscht. Nur persönliche Vorstellungen bei Emil Weimann, Posen, Markt 87, werden berücksichtigt. (H 2114a)

Einen Lehrling sucht unter günstigen Bedingungen

S. Witkowski jun.

Ich suche zum sofortigen Antritt einen ordentlichen Laufburschen

Adolf Heymann,
Gr. Gerberstraße 33.

Ein tüchtiger

Buchhalter und Korrespondent,

wennmöglich mit der Getreidebranche und polnischer Korrespondenz vertraut, wird für ein bedeutendes Haus in **Wloclawek** per sofort oder per ersten Januar 1875 unter günstigen Bedingungen gesucht. Näheres bei

Robert Beck, Markt 100.

Ein Kellner-Lehrling

kann sich melden bei

Oskar Meyer, Halbdorfstr. 2

Eine junge Amme, die schon 3—4 Monate genährt hat, wird für Berlin zu miethen gesucht. Näheres St. Martin 74, I. Stock.

Ein gebildetes junges **Mädchen** (evang.), welche Kinder bis zum 10. Jahre unterrichten kann, findet bei bescheidenen Ansprüchen am 1. Januar bei mir Stellung. Um Einsendung der Atteste wird gebeten.

Folwark bei Witkowo.

G. Lichtwald.

Tüchtige Reisende

werden sofort für **2 äußerst absatzfähige katholische** Lieferungswerke mit **prachtvollen Gratis**-Prämien gegen hohe Provision gesucht.

Neu-Ulm (Bayern).

J. W. Helb'sche Verlagsbuchhandlung.

Einen Lehrling

mit **guten** Schulkenntnissen, für Manufaktur- u. Tuchbranche, Sonnabends geschlossen, sucht

David Badt
in Sorau N.-L.

Ein j. Mann mit Comptoirarbeiten vertraut sucht bald Stellung. Gefl. Off. unter J C **Samter.**

Ein

Ziegelmeister

noch in Stellung, sucht von sofort, oder vom 1. April k. J. ab Engagement. Gef. Off. b. Kaufmann **Louis Noll** in **Bromberg.**

Unverheiratheter **Wirthschafts-Inspektor** sucht gleich Stellung. Adresse: Posen Graben 3 c. n. b. Wierzbicki.

Die Direktion des Volksgarten-Theaters wird freundlichst ersucht, doch recht bald das mit so vielem Beifall aufgenommene Schauspiel **Hinko,** wenn möglich an einem Abend, wo nicht geraucht wird, zu wiederholen.

Mehrere Besucher des Volksgarten-Theaters.

Bescheidene Anfrage!

Zu wann wird eine Vorberathungs-Versammlung der I. Abtheilung zu den Stadtverordneten-Wahlen anberaumt werden. Soll von derselben etwa ganz Abstand genommen werden?

Civis.

Theater-Anzeige.

Hierdurch einem hochgeehrten Publikum die ganz ergebene Anzeige, daß auch im Laufe der Wintersaison

außergewöhnliche Extra-Vorstellungen

zu dem ermäßigten Preise von 7½ Sgr. für Loge und Sperrsitz stattfinden werden.

Die Stücke zu den Extravorstellungen sind durchweg neu angeschafft.

Montag, d. 30. d. Mts., erste außergewöhnliche Extra-Vorstellung,

zu der von heute ab Billets bei Hrn. **C. Bardfeld** zu haben sind.

Die Direction.

Sonnabend den 28. ein

Tanzverein

bei mir. Anfang 8 Uhr Abends.

Rochacki,
Mühlenstraße Nr. 34 — Hof.
Sprechstunde von 1—3 Uhr.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter **Nathalie** mit dem Justiz-Aktuar Herrn **Joseph Fiedler** in Rogasen beehren wir uns Freunden und Bekannten hiermit ergebenst anzuzeigen.

Chojno-Mühle bei Zirke.
Mühlenbesitzer **Donner** nebst Frau.

Die **Verlobung** meiner Tochter

Gertrud

mit dem Expeditions-Assistenten der königl. Oberschles. Eisenbahn Herrn

Otto von Tettau

beehre ich mich allen lieben Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung ganz ergebenst anzuzeigen.

Poln. Lissa, d. 24. November 1874.

Emilie Hedinger.

Meine Verlobung mit Fräulein **Gertrud Hedinger,** Tochter der verwittweten Frau Emilie Hedinger beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen.

Glogau, den 24. November 1874.

Otto v. Tettau.

Unsere am 17. November cr. ehelich vollzogene Verbindung beehren wir uns hierdurch statt jeder besonderen Meldung ganz ergebenst anzuzeigen.

Gnesen, den 21. November 1874.

Speichert,
Lieutenant und Adjutant
im 6ten Pomm. Inf. Regiment
Nr. 49.

Magdalena Speichert
geb. **Richtsteig.**

Durch die glückliche Geburt eines munteren Töchterchens wurden hoch erfreut.

Posen, d. 22. November 1874.

Hugo Engelmann und Frau,
geb. Klätte.

Durch die Geburt eines Knaben wurden erfreut

Hermann Licht und Frau.
Pudewitz, den 22. Novbr. 1874.

Todes-Anzeige.

Nach 14 Tagen schwerer Krankheit ging heute unser College der Rathsherr, Kämmerer

Ferdinand Reinmann

zu einem besseren Leben ein. In einer 20jährigen mühevollen Dienstzeit bewährte er die treueste Pflichterfüllung und die allgemeine Liebe und Achtung, welche er sich erwarb, sichern ihm ein ehrendes Andenken.

Meseritz, d. 20. Nov. 1874.

Der Magistrat.

Heute Mittag um 1 Uhr verschied mein lieber Ehemann **Alexander August v. Stechow,** was ich hiermit Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung um stille Theilnahme bittend anzeige.

Posen, den 23. November 1874.

Die tiefbetrübte Wittwe
Victoria v. Stechow,
geb. Herman, und Söhne.

Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachmittag um 5 Uhr vom Trauerhause Wilhelmsstr. Nr. 7 aus statt.

Heute Nacht 1 Uhr starb mein innigst geliebter Gatte, der praktische Arzt

Dr. Jul. Lewinski

in seinem 42. Lebensjahre und nach zehnjähriger glücklicher Ehe. Tiefbetrübt zeige dies Freunden und Bekannten an. Beerdigung Dienstag 1 Uhr Nachmittag.

Buk, den 23. November 1874.

Johanna Lewinski
geb. Rosenberg.

Gestern früh 2 Uhr starb nach 14tägigen schweren Leiden der Kämmerer und Rathsherr

Ferd. Reinmann

zu Meseritz im Alter von 52 Jahren 4 Monaten.

Diese traurige Nachricht unsern vielen Freunden und Bekannten.

Meseritz, den 21. November 1874.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 16. November entschlief sanft zu einem besseren Leben mein theurer Mann, der Lehrer und Kantor

Carl Schmidt

im Alter von 35 Jahren 7 Monaten.

Dies zeige ich Freunden und Bekannten tiefbetrübt an.

Allen, die meinem unvergeßlichen Mann das letzte Geleit gegeben, sage ich meinen innigsten Dank.

Raschkow, den 21. Novbr. 1874.

Auguste Schmidt geb. Danne
mit ihren 5 kleinen Kindern.

Interims-Theater in Posen.

Dienstag den 24. November:
Bei aufgehobenem Abonnement:
Erstes Gastspiel des Herrn Ravené-René, Direktor vom Stadt-Theater zu Breslau.

Der Graf von Irun.

Romantisches Lustspiel in 5 Akten nach Dumanoir von W Friedrich.
* Don Cäsar: Herr Ravené-René.

In Vorbereitung:
Mademoiselle Angot.
Die Fledermaus.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Dienstag: **Theorie und Praxis. Ein Wort an den Minister.**

Die Direktion.

Circus Krembser.

Wegen Veränderung im Innern des Circus der Heizung wegen und großer Vorbeitung zu der **Zauber-Pantomime**

Aschenbrödel

bleibt der Circus Dienstag und Mittwoch geschlossen.

Donnerstag: Zum ersten Male:

Aschenbrödel
oder:
Der gläserne Pantoffel.

Große Zauber - Pantomime, ausgeführt von 60 hiesigen Kindern mit 4 eleganten Equipagen und glänzender Ausstattung.

T. Krembser,
Direktor.

Flaki!

empfiehlt heute in seiner Bier-Frühstücksstube in und außer dem Hause.

Th. Poseck, Friedrichsstraße 18.

Heut zum Frühstück **Wellfleisch,** zum Abendbrot **frische Kessel-Wurst** bei **A. Gräber,**
Mühlen- u. Berlinerstr.-Ecke.

An M. B.

Wage nicht den Leu zu necken!

R. G.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.